Die Entwicklung der Anschauungen über soziale Reform in der deutschen Sozialdemokratie

(nach den sozialdemokratischen Parteitagsprotokollen von 1890 bis 1912)

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

genehmigt

von der Philosophischen Fakultät

der

Friedrich-Wilhelms-Universität

zu Berlin.

ACAD.
LUGD.BAT.
BIBL.

Von

Walther Croll

aus Stade

Tag der Promotion: ~~15~~ 25. Januar 1915

Referenten:

Prof. Dr. **Schmoller.**

Prof. Dr. **Herkner.**

Emil Ebering, Berlin NW. 7, Mittelstr. 39.

Meiner Mutter

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41546508_0077

Inhaltsübersicht.

Seite

Vorwort 7
Einleitung: Die sozialdemokratischen Ziele 9
Die Entwicklung der Anschauungen über soziale Reform in der deutschen Sozialdemokratie 11
I. Die Sozialdemokratie bei Ablauf des Sozialistengesetzes 13
II. Die praktische Arbeit im Gegenwartsstaate 17
a) Die Berliner Opposition der „Jungen“ 17
b) Die Gewerkschaftsbewegung 19
1. Entwicklung der Gewerkschaften und Haltung der Partei 20
2. Die Maifeier 26
3. Der Massenstreik 29
c) Die Genossenschaftsbewegung 32
d) Der Revisionismus 35
1. Der Ideengehalt des Revisionismus 35
2. Die Geschichte des Revisionismus 36
3. Die Bedeutung des Revisionismus für die sozialdemokratische Partei 44
e) Die Sozialdemokratie in den Parlamenten 45
1. Die Wahltaktik 47
2. Eintritt in Seniorenkonvent und Präsidium 53
3. Die Budgetbewilligungsfrage 58
III. Demokratische und sozialpolitische Wünsche 69
IV. Die propagandistischen Elemente und die Gefolgschaft der Partei 78
Schluß: Ausblick 85

Vorwort.

Das starke Anschwellen der bei den letzten Reichstagswahlen abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen und das Wachsen der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage und in einer Reihe von Landtagen hat für die praktische Politik unseres Landes die Frage in den Vordergrund gerückt: Ist überhaupt etwas, und — falls ja — was ist von der Sozialdemokratie in der praktischen Mitarbeit zu erwarten?

Ich versuche in den folgenden Ausführungen, die Ideen über praktische Mitarbeit bei der deutschen Sozialdemokratie an Hand der Parteitagprotokolle in ihrer Entwicklung darzulegen. Hierbei habe ich mich auf die Zeit seit 1890 (Ablauf des Sozialistengesetzes) beschränkt, weil von einer Entwicklung der Anschauungen erst dann die Rede sein konnte, als eine reguläre Organisation und eine ständige Fühlung der Parteileitung mit den Mitgliedern eingerichtet war.

Nun spiegeln allerdings die Parteitage nicht genau die Stimmung der ganzen Partei wieder. Zunächst ist die Wahl der Delegierten abhängig von Umständen, die mit freier Wahl nach demokratischen Prinzipien nichts zu tun haben: Wem es gelingt, eine Gruppe von Parteimitgliedern in einer Organisation zu gewinnen, sich bei der Wahlversammlung für die zum Parteitag zu schickenden Delegierten gehörig akklamieren läßt und etwa gar selbst noch die Kosten seiner Delegierung trägt, kann unschwer ein Mandat erlangen, ohne daß er in seinen Anschauungen seinen Wählern besonders nahezustehen braucht. Sodann spielt eine Rolle die Wohlhabenheit der betreffenden Organisation, ob sie überhaupt

einen Delegierten zu entsenden vermag oder ob sie mehrere Delegierte bezahlen kann (vorausgesetzt daß sie groß genug ist, hierzu laut Organisationsstatut berechtigt zu sein). Weiter ist der für den Parteitag bestimmte Ort von Wichtigkeit für die Zusammensetzung der Delegierten. Liegt der Ort in Norddeutschland, so sind die Radikalen, liegt er in Süddeutschland, so sind die Revisionisten unverhältnismäßig stark vertreten; wird der Parteitag in Mitteldeutschland abgehalten, so gleicht sich dies ziemlich aus. Ganz im Allgemeinen kann man wohl sagen: die Delegiertenversammlung der Parteitage ist radikaler als die Parteimitgliedschaft im Durchschnitt. Immerhin wird von Partei wegen daran festgehalten, daß die Delegiertenversammlung eine vollwertige Repräsentanz und das richtige Sprachrohr der gesamten Parteianhängerschaft sei.

Einleitung: Die Sozialdemokratischen Ziele.

Bei der Sozialdemokratie spielt die soziale Seite der einzelnen politischen Fragen die Hauptrolle. Soziale Reformtätigkeit erstreckt sich nicht allein auf das Gebiet der sogenannten Sozialpolitik. Sozialpolitik im engeren Sinne umfaßt alle Maßnahmen, die direkt zur Hebung der unteren Klassen dienen. Unter sozialer Reform im Sinne dieser Arbeit soll nicht eine begrenzte Gruppe politischer Maßnahmen, sondern die soziale Seite vieler politischer Fragen verstanden werden.

Die Sozialdemokratie hat ein demokratisches Ziel: Aufrüttelung der unteren Klassen, Eroberung der politischen Macht für diese Massen und Einrichtung des Gemeinwesens zu ihren Gunsten. Unter dem Gesichtspunkte dieses Ziels muß die Sozialdemokratie betrachtet werden. Die nachhaltige Umgestaltung der Gesellschaft in ihrem Sinne kann die Sozialdemokratie natürlich nur erreichen, wenn sie die Mehrheit des Volkes für ihre Ideen zu gewinnen vermag. Die Gewinnung dieser Mehrheit in möglichst kurzer Zeit ist das Problem, an welchem sich die Geister innerhalb der Partei scheiden. In diesem Problem liegen die zentrifugalen Tendenzen in der Partei. Dem gegenüber steht eine wenn auch nicht lange, so doch inhaltreiche Geschichte der Parteibewegung, mit Verfolgungen und Leiden, mit zäher organisatorischer Arbeit und Erfolgen. Hierin liegen die zentripetalen Tendenzen, die sich bisher als die stärkeren erwiesen haben.

Bei der Gewinnung der Mehrheit für ihre Ziele sind sich alle Richtungen in der Sozialdemokratie in einem wichtigen Punkte

einig: Die Bedürfnisse der Massen müssen vermehrt und verstärkt werden. Hierdurch wird Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Zustande erzeugt und das Ohr der Masse für die Ideen der Partei gewonnen. Die Agitation der Sozialdemokratie richtet sich also zunächst auf die Schilderung der elenden Lage der unteren im Gegensatz zu dem Ueberfluß der oberen Klassen. Weiter aber gehen die Meinungen innerhalb der Partei auseinander: die einen halten den Hinweis auf das Ziel, die anderen praktische Errungenschaften in der Gegenwart für das stärkere Agitationsmittel. Diese beiden Richtungen können aber nebeneinander bestehen; die Partei bedient sich offiziell beider Propagandamittel. Anders wird es bei der Beurteilung des Weges zum Ziel: die einen erwarten die Erfüllung von einer gewaltsamen Umwälzung, die anderen von einer schrittweisen Annäherung. Diese Differenz in den Anschauungen ist die Quelle der divergierenden Strömungen innerhalb der Partei während der 23 Jahre nach Ablauf des Sozialistengesetzes. Die Ideengeschichte der Partei ist im Wesentlichen die Geschichte der Kompromisse zwischen diesen beiden Richtungen.

Die Entwicklung der Anschauungen über soziale Reform in der deutschen Sozialdemokratie

I.

Die Sozialdemokratie bei Ablauf des Sozialistengesetzes.

Infolge der Nichterneuerung des Sozialistengesetzes erreichte der Ausnahmezustand für die sozialdemokratische Partei im Jahre 1890 sein Ende. Die Organisation der Partei war vernichtet, eine Reihe von Führern ins Ausland getrieben und die Reichstagsfraktion auf wenige Mitglieder zusammengeschrumpft. Die Reichstagswahlen von 1890 brachten der Sozialdemokratie einen erheblichen Gewinn an Mandaten (35 gegen vorher 11) und eine starke Vermehrung der Stimmenzahl (1 427 000 gegen vorher 763 000). Der Parteitag zu Halle 1890 versammelte 413 Delegierte. In gehobener Stimmung, unter dem Eindruck des jüngsten Wahlsieges und der Befreiung von dem Ausnahmegesetz wurde eine neue Organisation geschaffen und der Parteivorstand mit der Ausarbeitung eines neuen Programms beauftragt. Das bis dahin gültige Gothaer Einigungsprogramm aus dem Jahre 1875 zeigte deutlich die Konzessionen an die Lassallesche Richtung: Die Forderung von Produktivgenossenschaften, die mit Staatshilfe in solchem Umfange ins Leben zu rufen sind, „daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtpartei entsteht." Das Erfurter Programm von 1891 bringt den Sieg der Marxistischen Richtung über die Lassallesche zum Ausdruck.

Es war natürlich, daß die Frage der parlamentarischen

Reformarbeit in der Zeit des Sozialistengesetzes (1878 bis 1890) eine ganz untergeordnete Rolle gespielt hat: Die Erbitterung über die Ausweisungen, die Zeitungsunterdrückungen und Sozialistenprozesse kam in heftigen Reden gegen die Regierung und die Reichstagsmehrheit zum Ausdruck; die wenigen sozialdemokratischen Reichstagsmitglieder waren auch vollauf damit beschäftigt. Die Theorie hatte unter dem Sozialistengesetze fast ganz brach gelegen. Das Parteiorgan, der „Sozialdemokrat", der wegen des Sozialistengesetzes vom 1. Oktober 1879 bis zum 27. September 1890 in Zürich und London erschien, brachte zumeist polemische Aufsätze gegen die Schöpfer des Sozialistengesetzes und schilderte die Leiden der ausgewiesenen und verurteilten Parteigenossen und ihrer Familien. Durch den Ausnahmezustand wurde verhindert, daß die Führung in der Partei auf ein ehrgeiziges geistiges Proletariat überging. Die Helden der Bewegung waren die gemaßregelten Redakteure der vielen unterdrückten Zeitungen, die Kolporteure des „Sozialdemokrat" und der zahlreichen aus Belgien, Großbritannien und der Schweiz eingeschmuggelten Flugblätter, die gemaßregelten Sekretäre der Arbeiter-Zweigvereine, die Reichstagsabgeordneten und die in Sozialistenprozessen Verurteilten. Daneben war geradezu ein Kultus der schwieligen Faust entstanden. Leute in gehobener Lebenslage waren als solche verdächtig, und vielen erschien die materielle und kulturelle Zugehörigkeit zum Proletariat fast eine Vorbedingung für den wahren Sozialismus. Außer August Bebel waren es die aus dem Proletariat hervorgegangenen Karl Grillenberger, Ignaz Auer, Heinrich Meister, August Dreesbach, Hermann Molkenbuhr und Wilhelm Pfannkuch neben anderen, denen die Parteimitglieder vertrauten, weil sie ihnen an Herkunft und Lebenslage nahestanden. Daneben gab es allerdings einige Angehörige der höheren Klassen, denen es gelang, festen Fuß bei den Parteianhängern zu fassen: Wilhelm Liebknecht, Paul Singer und Georg von Vollmar. Der Brausekopf Liebknecht, der alte Vorkämpfer und Marxschüler, per-

sönlich anspruchslos, voll leidenschaftlichen Hasses gegen Preußen und das bestehende Regime, — Singer der ehrenamtliche Vorsitzende der Partei, der sein Vermögen im Dienste der Partei verwandte, — und Vollmar, der kluge und so garnicht sich vordrängende Führer der bayerischen Bewegung, waren durch ihre Tätigkeit und ihre Leiden unter dem Sozialistengesetz legitimiert und über den Verdacht erhaben, als verlocke sie der Ehrgeiz, unter der ungebildeten Masse eine Rolle zu spielen. Die demokratischen Anschauungen der Partei, die sich schroff gegen jede Art von Personenkultus wandten, verhinderten es nicht, daß einzelne Führer, in erster Linie Liebknecht und Bebel, einen ganz bedeutenden persönlichen Einfluß erlangten. Nicht daß die Menge der Parteiangehörigen dem Einzelnen eine Diktatorstelle einräumte, vielmehr hatten sie das Gefühl, wenn Liebknecht, Bebel oder Auer sprachen, daß hier ihr idealisiertes Selbst zu Worte kam, daß die Gedanken substantiell ihre Gedanken seien, und daß es zur Formulierung nur solchen gewandten, eindrucksvollen Redners bedürfe. In dem Applaus für solche Reden applaudierten sie ihrer eigenen Gedankenwelt und genossen die Erregung der Gegner über solche Reden als Anerkennung der Bedeutung ihrer Bestrebungen. Wie stets in schwierigen Situationen, so hatte die Zeit des Sozialistengesetzes die Bedeutung hervorragender Personen gehoben. Die leitenden Personen haben denn auch die für die Entwicklung der Partei maßgebenden Richtlinien in die Organisation und das Programm hineingetragen. Da ist zunächst der leidenschaftliche Wunsch, jede Spaltung zu vermeiden. Fast auf jedem Parteitage wird in der Eröffnungs- und in der Schlußrede die gebieterische Notwendigkeit der Einigkeit betont. Ferner fehlt es fast ganz an persönlichen Rivalitäten zwischen den leitenden Männern. Trotz großer Unterschiede im Temperament und häufiger Meinungsverschiedenheiten sind die Führer der neu-organisierten Partei nahe befreundet und ohne persönliche Ambitionen des Einen

auf Kosten der anderen. Der durch dieses Vorbild gezüchtete, durch stete Ermahnung lebendig erhaltene und geradezu traditionell gewordene Drang zur Einigkeit hat die Partei über die großen im Laufe der letzten 23 Jahre aufgetretenen Divergenzen hinweg zusammengehalten. Daß die Partei homogen sei, wird niemand behaupten wollen; es ist vielmehr garnicht zu leugnen, daß die Gegensätze innerhalb der Partei sich ständig verschärft haben. Die Anträge und Resolutionen auf den Parteitagen und die Abstimmungsergebnisse reden da eine deutliche Sprache. Die Beschlüsse der Parteitage sind von den großen Bewegungen innerhalb der Partei, obwohl sie sich bisher nur auf eine Minderheit erstreckten, deutlich beeinflußt worden; die Reaktionen und Konzessionen gegenüber diesen Strömungen füllen den größten Teil der Parteitagsverhandlungen aus.

Ich habe in dem folgenden Hauptkapitel versucht, diese Strömungen zu analysieren und ihren Einfluß auf die Partei festzustellen.

II.

Die praktische Arbeit im Gegenwartsstaate.

Die einzelnen Abschnitte dieses Kapitels fassen die verschiedenen Strömungen unter größere Gesichtspunkte zusammen. Hierbei ist es natürlich nicht möglich, eine zeitliche Aufeinanderfolge festzuhalten oder die einzelnen Strömungen scharf gegeneinander abzugrenzen. Vielmehr stehen sie untereinander in einem gewissen Zusammenhang, nicht nur insofern als die Träger dieser Bewegungen vielfach dieselben sind, sondern auch sachlich, da sie alle aus den Anschauungen über Charakter und Entwicklungsgang der sozialen Bewegung entspringen. Immerhin gibt es genug spezifische Momente, die es möglich machen, die hier gegebene Einteilung durchzuführen.

a) Die Berliner Opposition der „Jungen".

Die Parteitage zu Halle 1890 und zu Erfurt 1891 hatten sich mit einer radikalen Strömung innerhalb der Partei zu beschäftigen, die schon während der ganzen Zeit des Sozialistengesetzes bestanden hatte. Die Wortführer dieser Opposition waren Berliner Parteigenossen, die voll Haß gegen die bestehenden Machtfaktoren im Reiche, die Mitarbeit jeder Art im Parlament versagen wollten. Die Führer dieser „Jungen" waren in erster Linie Wilhelm Werner, Karl Wildberger und Richard Baginski aus Berlin, Robert Auerbach und Max Bäthge aus Magdeburg. Diese Opposition will die Reichs-

tagstribüne allein für die Propaganda der sozialistischen Ideen und die Kritik der bestehenden Zustände reservieren. Der Reichstagsfraktion macht sie den Vorwurf, sie sei „viel zu rührig“ gewesen. Eduard Bernstein charakterisiert die Opposition wie folgt: „Während auf der einen Seite die Ueberzeugung immer mehr Verbreitung fand, daß die kapitalistische Gesellschaft mit Riesenschritten ihrem Zusammenbruch entgegeneile, sah man im Parlament nur Streitereien um Gesetze, die im Angesicht dieser großen Perspektive wirklich lächerliche Winzigkeiten darstellten. Wozu daran herumflicken? . . . . Nicht in vierzig, in zwanzig, ja vielleicht in weniger als zehn Jahren mußte ja der ganze bürgerliche Gesellschaftskrempel zusammengebrochen sein*.“

In einer Ende Juli 1891 herausgegebenen Flugschrift macht die Opposition der Jungen der Reichstagsfraktion den Vorwurf, sie lasse die Sozialdemokratie zur „Reformpartei im kleinbürgerlichen Sinne“ herabsinken, und erklärt es für einen „Betrug“, wenn man den Genossen weißmachen wollte, durch parlamentarische Majoritätsbeschlüsse könne die Sozialisierung der verschiedensten Klassen herbeigeführt werden; die Taktik der Partei sei „ein Kompromiß mit der Masse auf Kosten des Prinzips“ geworden. Dem Parteivorstande wird der Vorwurf gemacht, er nehme allzu große Rücksicht „auf alle möglichen Machtfaktoren, hervorgegangen aus der veränderten Lebensstellung und der zu geringen Fühlung mit dem Proletarierelend, dem Pulsschlag des gequälten Volkes“. Die Führerschaft, Parteivorstand und Fraktion, korrumpiere die Partei systematisch und bringe sie zur Versumpfung, ertöte den revolutionären Geist und habe von der Reichstagstribüne herab die Revolution feierlich abgeschworen. Molkenbuhr wandte sich gegen die Vorwürfe, als erwarte man von der parlamentarischen Betätigung der Partei die Anbahnung

* Ed. Bernstein: Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, Bd. I., Berlin 1907, S. 267 ff.

der sozialistischen Ideale. Eine neungliedrige Kommission prüfte auf dem Parteitage in Erfurt 1891 die Anklagen der Opposition gegen den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion. Bevor jedoch diese Kommission zusammengetreten war, erklärten die obengenannten fünf Delegierten Folgendes zu Protokoll:

> Die unterzeichneten Mitglieder der Opposition, bisher zur Mitarbeit an den Aufgaben des Parteitages durch den Auftrag ihrer Wähler verpflichtet, erklären nunmehr wegen der den demokratischen Grundsätzen direkt zuwiderlaufenden, geradezu empörenden Bekämpfung von Differenzen seitens der Vorstandsmitglieder Auer, Bebel und Fischer, auf die Zugehörigkeit zu dieser sozialdemokratischen Partei zu verzichten. Erfurt, 19. X. 1891.

(S. 286 des Erfurter Protokolls). Trotz dieser Austrittserklärung prüfte die Neunerkommission die Vorwürfe der Opposition und erklärte sie einstimmig für unbegründet. Werner und Wildberger wurden ausdrücklich aus der Partei ausgeschlossen (S. 320); die Bestrebungen der Jungen wurden als zum Anarchismus führend zurückgewiesen.

Der Vorstandsbericht an den Parteitag zu Berlin 1892 zieht in seinem Rückblick auf die Tätigkeit der Berliner Opposition eine Parallele zwischen dieser kleinen Abspaltung und der Sezession von Most nach dem Wydener Kongreß im Jahre 1880 (S. 26 des Berliner Protokolls).

Die Resolution gegen die Jungen wurde übrigens auf dem Parteitag zu München 1902 aufgehoben (S. 277) und damit für den Wiedereintritt der Jungen in die Partei freie Bahn geschaffen.

b) Die Gewerkschaftsbewegung.

Die erste wichtige Entscheidung, wie die Partei sich zu intensiver Gegenwartsarbeit zu verhalten habe, trat bald nach Aufhebung des Sozialistengesetzes an die Partei heran: in

ihrer Stellungnahme zur Gewerkschaftsbewegung. Die Darlegung, ja auch nur die Skizzierung der materiellen Tätigkeit der Gewerkschaften fällt außerhalb des Rahmens dieser Untersuchung; es sollen nur die Beziehungen der Partei zu den Gewerkschaften in ihrer Entwicklung betrachtet werden.

1. Entwicklung der Gewerkschaften und Haltung der Partei.

Daß die radikal-revolutionäre Eisenacher Richtung (Liebknecht und Bebel) sich wohl bewußt war, daß eine Strömung innerhalb der Sozialdemokratie die soziale Reform um ihrer selbst willen, als Annäherung an die sozialistische Gesellschaft, propagierte, war im Gothaer Einigungsprogramm vom Jahre 1875 zum Ausdruck gekommen: in der Frage der Produktivgenossenschaften. Obwohl nun 1891 im Erfurter Programm diese Lassallesche Forderung ausgemerzt wurde, hielten die Führer der Bewegung es doch für gut, Lassalle, den populären und federgewandten Volksführer, quasi unter die Parteiheiligen aufzunehmen. Lassalle wurde eine der Autoritäten, dessen Büste auf jedem Parteitage neben denen seiner erbitterten Gegner Marx und Engels prangte. Die Lassalleschen Bestrebungen, die Arbeiterschaft zur allmählichen Durchführung der sozialistischen Produktion zusammenzuschließen, hatten sich in der liberalen, individualistischen Zeit der sechziger und siebziger Jahre nicht recht durchsetzen können; eine gewerkschaftliche Bewegung innerhalb der politischen Parteien (Allgemeiner deutscher Arbeiter-Verein und Sozialdemokratische Arbeiter-Partei) war gleichfalls nicht recht erstarkt. In der Zeit des Sozialistengesetzes hatte die Gewerkschaftsbewegung zugenommen, da die politische Organisation der Arbeiterschaft zerstört war, und die Arbeiter als Ersatz dafür in die gewerkschaftliche Bewegung eintraten. Mit dem Aufhören des Sozialistengesetzes 1890 trat ein gewisser Rückschlag ein: die Partei gewann an Mitgliedern, während die Gewerkschaftsbewegung während der nächsten Jahre stagnierte.

Auf dem Parteitage zu Halle 1890 hatte eine Resolution Glocke und Genossen die Parteimitglieder aufgefordert, den Gewerkschaften beizutreten; die Resolution war angenommen worden (S. 222 und 229). Im nächsten Jahre auf dem Parteitage zu Erfurt 1891 hatte Bebel die gewerkschaftliche Bewegung für notwendig erklärt, „nicht nur für die Entwicklung der Partei, sondern auch für die Führung des Klassenkampfes gegen die bestehende Ordnung der Dinge“ (S. 163).

Auf dem Parteitage zu Köln 1893 kam es dann zu einem heftigen Zusammenstoße zwischen der Partei (I. Auer) und den freien Gewerkschaften (C. Legien). Der Punkt 6 der Tagesordnung lautete: „Die Gewerkschaftsbewegung und ihre Unterstützung durch die Parteigenossen“. Carl Legien, der Vorsitzende der Generalkommission der freien Gewerkschaften, referierte zu diesem Thema und beklagte die indifferente Haltung vieler Parteigenossen und die geringe Sympathie der sozialdemokratischen Presse gegenüber der Gewerkschaftsbewegung (S. 183). In der Diskussion stellt W. Liebknecht noch ausdrücklich fest: „Wir sind alle für die Gewerkschaften, aber dagegen, daß man in ihnen das Hauptziel erblickt, daß man glaubt, durch sie allein könne die Macht des Kapitals gebrochen werden“ (S. 198), und Bebel ruft den Leitern der Arbeiterbewegung ein „caveant consules“ zu (S. 202) und droht mit dem Gericht der Parteigenossen, wenn die Gewerkschaftsführer mit den schlimmsten Vertretern des Kapitalismus auf einem gemeinsamen Kongreß sich „freundschaftlich“ unterhalten sollten.* Die Geringschätzung der radikalen Richtung innerhalb der Partei gegen die gewerkschaftliche Bewegung bringt Klara Zetkin zum Ausdruck: „Darüber darf man sich nicht täuschen, daß der Wirkungskreis der Gewerkschaften immer und immer verkleinert wird. Der Grund liegt nicht in der Jugend dieser Bewegung, sondern in der Kraft

* Gemeint ist der Hochstift-Kongreß zu Frankfurt a. M. vom gleichen Jahre.

der politischen Bewegung. In der gewerkschaftlichen Bewegung kann es nur unmittelbare Erfolge geben, und diese auf die Dauer festzuhalten, sind ihre Organisationen häufig nicht imstande“ (S. 208). Eine Resolution Arons und Genossen (S. 181), welche die Parteigenossen verpflichten wollte, sich den bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen, wurde mit großer Majorität abgelehnt (S. 221), und statt dessen eine Resolution Auer und Genossen einstimmig angenommen (S. 222), die der Gewerkschaftsbewegung die Sympathie des Parteitages ausspricht und eine etwas laue „moralische Verpflichtung“ zum Eintritt in die Gewerkschaftsbewegung stabiliert (S. 180/81). Aus der ganzen Behandlung der Gewerkschaftsfrage in Köln wird deutlich, daß die maßgebenden Persönlichkeiten der Partei in der Mehrheit keine rechte Vorstellung von der Zukunft der Gewerkschaftsbewegung hatten.

Selbst in Gewerkschaftskreisen dachte man über die Zukunft der Bewegung etwas skeptisch: Auf dem Parteitag zu Frankfurt a. M. 1894 in der Debatte zu Punkt 6 der Tagesordnung: „Die Bedeutung der Trusts, Ringe, Kartelle und ähnlicher großkapitalistischer Organisationen in unserer wirtschaftlichen Entwicklung“ sagte der damalige Redakteur der „Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ in Bochum und jetzige bekannte Gewerkschaftsführer Otto Huë: „In diesen Riesenbetrieben (Krupp und Stumm) besteht für die Arbeiter die Möglichkeit, allmählich zu besser dotierten Stellen aufzurücken, daher denn Schmarotzerei und Liebedienerei. Der Großkapitalist kann eine stabilere Produktion einführen, das bietet für die Arbeiter die Möglichkeit einer sicheren Existenz. Deshalb fehlt es ihnen an Solidaritätsgefühl, das sie der Theorie nach, weil sie in Großbetrieben zusammengeschweißt sind, haben sollten. Das ist auch der Grund, weshalb ich auch nur geringe Hoffnung auf die Gewerkschaftsbewegung habe. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung kann niemals einen solchen Aufschwung nehmen wie die englische, die mit dem Kapitalis-

mus zusammen aufgewachsen ist. . . . Ich hoffe nur auf die Gewerkschaften als Produktionsleiter der Zukunft“ (S. 165).

Bebel war einer der wenigen in der Partei, welche die Bedeutung der Gewerkschaften richtig herausfühlten; er betont auf dem Parteitag zu Gotha 1896 in seinem Bericht über den internationalen Kongreß in London (1896): „Noch einmal will ich es aussprechen: die gewerkschaftliche Organisation ist eine absolute Notwendigkeit für die Arbeiterbewegung! Ueber das Maß der Aufgaben, die der Gewerkschaftsbewegung zufallen, mag man streiten, es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß wir die Gewerkschaften mit allen Mitteln auszubauen haben, daß jeder Arbeiter die Verpflichtung hat, einer bestimmten Gewerkschaftsorganisation beizutreten“ (S. 131).

Seit dem Kölner Parteitage hat aber die Partei endgültig die Herrschaft über die Gewerkschaften verloren. Die Entwicklung vollzog sich kräftig und mußte auf die Partei Eindruck machen.

Der Bericht des Vorstandes an den Parteitag zu Hannover 1899 gibt zu: „daß die Gewerkschaftsbewegung unter der deutschen Arbeiterschaft einen früher nie gekannten Aufschwung genommen hat“ (S. 18), und Simon Katzenstein konstatiert: „Vor sechs Jahren kamen sie (die Gewerkschaften) als Hilfeflehende zur Partei, heute werden sie allgemein anerkannt, es könnte höchstens von einer Ueberschätzung der Gewerkschaften die Rede sein“ (S. 158). Selbst die am weitesten links in der Partei stehende Rosa Luxemburg erklärt, daß die Sozialdemokratie „alle Kräfte in den Dienst dieser Aufgabe (Förderung der Gewerkschaften) stellen“ müsse (S. 172), während Klara Zetkin nicht wahrhaben will, „daß die Gewerkschaften schon Wesentliches zur Sozialisierung beitragen können“ (S. 179). Daß die sozialdemokratische Parteileitung die selbständige Entwicklung der Gewerkschaften unabhängig von der Partei als gegebene Tatsache anerkennt, kommt in Bebels Worten zum Ausdruck: „So liegt es auch

im höchsten Interesse der Gewerkschaften, wenn sie sich möglichst fern von der politischen Partei halten. Wie wollen sie sonst die katholischen Arbeiter gewinnen? Aus den Gewerkschaften muß die Politik heraus (lebhafte Zustimmung). Die Gewerkschaftsbewegung ist nicht sozialdemokratisch, sie ist eine proletarische Klassenbewegung (sehr richtig!)“ (S. 235).

Naturgemäß traten die Gewerkschafter, die in der praktischen Arbeit für das Wohl ihrer Mitglieder ihre vornehmlichste Aufgabe erblicken, bei dem Streit zwischen Radikalen und Revisionisten auf die Seite Letzterer. Auf dem Parteitag zu Hannover 1899 hatte Dr. Eduard David hervorgehoben: „Gerade in den Reihen der Gewerkschaften steht man Bernstein nahe“ (S. 131). In der Tat finden wir die hauptsächlichen Gewerkschaftsführer auf dem sozialreformerischen Flügel der Partei: Theodor Bömelburg, Adolf von Elm, Otto Huë, Carl Legien, Robert Schmidt u. a.

Auf dem Parteitag zu Lübeck 1901 brachte I. Auer die Besorgnisse innerhalb der Partei nach dieser Richtung zum Ausdruck und sagte: „Der Vorstand hat die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, heute schon alles zu tun, Bestrebungen nicht aufkommen zu lassen, die darauf hinauslaufen, eine Marschlinie zu bilden von Elm bis zum Pfarrer Naumann (Bewegung, dann stürmischer Beifall und Händeklatschen. Bebel ruft: Bis zu Berlepsch!)“ (S. 227).

Um die Jahrhundertwende hatte sich in der Gewerkschaftsbewegung mehr und mehr die Umwandlung der lokalen in die zentralistische Organisation vollzogen. Der Vorstandsbericht an den Parteitag zu Dresden 1903 berichtet hierüber: „Unter den wenigen Parteiorten, die in Frage kommen, nimmt Berlin die erste Stelle ein. (Dort bestanden lokale neben zentralistischen Organisationen). Aus diesem Grunde sah sich der Parteivorstand veranlaßt, den Versuch zu unternehmen, die getrennt marschierenden Gewerkschafts-Organisationen anzuregen, in Verhandlungen über eine Vereinigung einzutreten. . . . . Infolge verschiedener sich geltend machender

Hindernisse konnten die Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gebracht werden“ (S. 18). In diesem Schritt des Parteivorstandes ist wohl das Bestreben zu erblicken, mit den Gewerkschaften wieder nähere Fühlung zu gewinnen.

Der Parteivorstand hat dann weiter für den Anschluß der Lokalisten an die Zentralisten gewirkt und konnte auf dem Parteitage zu Leipzig 1909 durch Molkenbuhr (S. 243) erklären lassen, daß der Anschluß der Lokalisten an die Zentralisten gute Fortschritte mache. Wiesenthal, der Führer der frondierenden Sonderorganisation, wurde aus der Partei ausgeschlossen.

Im Gegensatz zu dem von Bebel 1899 eingenommenen Standpunkt der politischen Neutralität für die Gewerkschaften betont Pfannkuch im Referat zum Vorstandsbericht an den Bremer Parteitag 1904: „Es mußte selbstverständlich das Streben der Partei sein, die Arbeiter, welche, durch Wahrung ihrer materiellen Interessen in den Gewerkschaften angezogen, für die Organisation gewonnen waren, zu überzeugten Sozialdemokraten zu machen. . . . Es ist eins der beliebtesten Argumente unserer Gegner, die freien Gewerkschaften als sozialdemokratisch zu stigmatisieren. Ich meine aber, die Gewerkschaften selbst sollten sich nicht dagegen steifen, mit dem Ehrentitel sozialdemokratische Gewerkschaften bezeichnet zu werden.“ (S. 151).

In der Folge haben sich die Gewerkschaften neben der Partei, wenn auch in steter Fühlungnahme mit ihr, weiter gewaltig entwickelt. Die Anhängerschaft und die jährlichen Ausgaben beliefen sich (in runden Ziffern) wie folgt:

Jahr	Mitgliederzahl	Ausgaben
1892	237 000	1,8 Mill. Mk.
1895	259 000	2,5 „
1898	494 000	4,3 „
1901	678 000	9,— „
1904	1 052 000	17,7 „

Jahr	Mitgliederzahl	Ausgaben
1907	1 866 000	43,1 Mill. Mk.
1911	2 400 000	60,— „

Zu Reibereien und gegenseitigen Vorwürfen zwischen Partei und Gewerkschaften kam es, seitdem die Gewerkschaften sich als ebenbürtige Macht neben die Partei gestellt haben, besonders in zwei Fragen:

in der Frage der Maifeier
und der des politischen Massenstreiks.

2. Die Maifeier.

In der Frage der Maifeier liegen die divergierenden Ansichten zwischen Partei und Gewerkschaften nach zwei Richtungen: 1. die Maifeier als sozialdemokratische Feier hat für die nicht sozialdemokratischen Mitglieder der freien Gewerkschaften kein Interesse, 2. die Unterstützung der wegen der Maifeierruhe gemaßregelten Arbeiter fällt den Gewerkschaften zur Last. Es liegt auf der Hand, daß eine Organisation Aufwendungen für ihre Mitglieder nur auf solchen Gebieten machen kann, die sich auf die gesamte Mitgliedschaft erstrecken. So sagte der Gewerkschafter Hoffmann-Bielefeld auf dem Parteitage zu Bremen 1904, als man in der Partei den Beitritt der Mitglieder zur gewerkschaftlichen Organisation schon allgemein als selbstverständlich hinstellte, Folgendes: „Die Partei verlangt mit vollem Recht, daß ihre Mitglieder gewerkschaftlich organisiert sind, aber man darf nicht umgekehrt von den Gewerkschaften verlangen, daß sie allen ihren Mitgliedern die Pflicht auferlegen, einer sozialdemokratischen Organisation anzugehören“ (S. 170).

Für die Maifeier wird in den Resolutionen, die seit 1890 regelmäßig jedes Jahr wiederkehren, als erstrebenswertes Ziel die Arbeitsruhe hingestellt. Die Unternehmer führten gegen die sozialdemokratische Maifeier einen erbitterten Kampf, und besonders in Zeiten absteigender Konjunktur und damit verbundenen Mangels an Aufträgen benutzten die Un-

ternehmer gern die Gelegenheit, die am 1. Mai streikenden Arbeiter auszusperren. Da nun die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter den Gewerkschaften oblag, so wurde durch die Maiaussperrungen die Kasse der Gewerkschaften stark in Anspruch genommen. Die Gewerkschaften wandten sich daher heftig gegen die Propagierung der Maifeierruhe durch die Partei. Die Gewerkschaften erklärten, sie würden durch die regelmäßig wiederkehrenden Aderlässe im Mai stark geschwächt und in der Erfüllung ihrer eigentlichen Aufgaben behindert. Auf dem 5. Gewerkschaftskongreß in Köln 1905 machte der Vertreter des Zimmererverbandes, Genosse Bringmann, seinem Aerger über die Maifeier mit folgenden Worten Luft: Als Selbstzweck mag die Maifeier der Teufel holen! . . . . Nach meinen Erfahrungen hat die Arbeitsruhe am 1. Mai in den Gewerkschaften gewirkt wie ein Fremdkörper im menschlichen Organismus*". Hatte auf dem Parteitag zu Jena 1905 Richard Fischer als Referent über die Maifeier manches wegen der Renitenz der Gewerkschaften zu klagen, so brachte Robert Schmidt, als Vertreter des gewerkschaftlichen Standpunktes, Beschwerden über herabwürdigende Aeußerungen der Parteipresse gegen den Kölner Gewerkschaftskongreß zur Sprache. Trotz der Klagen von beiden Seiten einigte der Parteitag sich doch auf eine von der Generalkommission der Gewerkschaften ausdrücklich gebilligte Resolution Fischer Nr. 147, lautend wie folgt:

> Die Maifeier ist eine zur Unterstützung der Klassenforderungen und des Klassenkampfes des Proletariats, sowie zur Förderung des Weltfriedens von den internationalen Arbeiterkongressen beschlossene Demonstration, deren wirksame und würdige Gestaltung gemeinsame Aufgabe aller politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist. Als solche Klassendemonstration wird sie

---

* Zitiert von Richard Fischer in seinem Referat zur Maifeierfrage auf dem Parteitage zu Jena 1905 (S. 234)

vom Unternehmertum und den bürgerlichen Regierungen bekämpft, aber dieser Widerstand kann für die Arbeiterklasse kein Anlaß sein, von der Durchführung der Maifeier abzusehen. In Uebereinstimmung mit den internationalen Arbeiterkongressen von Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896, Paris 1900 und Amsterdam 1904 betrachtet die deutsche Sozialdemokratie die allgemeine Arbeitsruhe als die würdigste Form der Feier. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit der Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit ruhen zu lassen (S. 141). Die einstimmige Annahme dieser Resolution (S. 279) zeigt, daß Partei und Gewerkschaften auf paritätischer Basis zusammenarbeiten wollen.

Nach langwierigen Verhandlungen wurde die Idee, daß Partei- und Gewerkschafts-Organisationen gemeinsam die formelle Ausgestaltung der Maifeier und die Entschädigung Gemaßregelter übernehmen sollten, in einer Vereinbarung zwischen Parteivorstand und Generalkomission niedergelegt und als Antrag 51 (S. 195/96) dem Parteitag zu Leipzig 1909 vorgelegt. Die zur Entschädigung Ausgesperrter nötigen Summen werden danach durch freiwillige Sammlungen aufgebracht. Der Antrag 51 wurde mit großer Mehrheit angenommen (S. 428). Durch dies Abkommen wurden die Gewerkschaften mit in die Maifeier einbezogen, anderseits aber vor jeder daraus entstehenden materiellen Inanspruchnahme geschützt.

Auf dem Parteitag zu Jena 1911 konnte dann Karl Weiß-Potschappel über die stärkere Beteiligung an der Maifeier konstatieren: „Da ist vor allem die Initiative des Parteivorstandes und der Generalkommission in diesem Jahr und die Geschlossenheit zwischen Parteivorstand und Generalkommission, die besonders geeignet war, eine stärkere Beteiligung hervorzurufen“ (S. 360).

3. Der Massenstreik.

Die zweite Frage, die zu lebhaften Erörterungen zwischen Partei und Gewerkschaften führte, war die Frage des politischen Massenstreiks. Zum ersten Male kam die Frage 1903 auf dem Parteitage zu Dresden ausführlicher zur Sprache. Der Antrag Friedeberg Nr. 138, die Frage des politischen Massenstreiks auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen, wurde abgelehnt (S. 433). — Ein gleicher Antrag Karl Liebknechts Nr. 110 auf dem Parteitag zu Bremen 1904 wurde dem Parteivorstand zur Erwägnng überwiesen (S. 198).

Der 5. Gewerkschaftskongreß zu Köln 1905 nahm eine Resolution Bömelburg an, die den Generalstreik für indiskutabel erklärte und vor der Propagierung des politischen Massenstreikes warnte (S. 30 und 229 des Kölner Protokolls). Darauf hatte der Parteitag zu Jena 1905 als Punkt 6 auf die Tagesordnung gesetzt: „Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie"; Bebel übernahm das Referat (S. 285 ff.). Er wies auf die Bedeutung des Massenstreiks in besonders kritischen Lagen hin, z. B. wenn dem Volke wichtige Rechte geraubt oder vorenthalten werden sollten, und erwartet von der deutschen Arbeiterschaft, daß sie auch einmal „ein Paar Wochen hungern" würde, „um ihre höchsten Menschenrechte zu verteidigen". Robert Schmidt entgegnet im Namen der Gewerkschaften, daß die Frage der Durchführbarkeit des Massenstreiks ungelöst sei; die Organisation sei lange noch nicht stark genug (S. 319). Schließlich wurde eine Resolution Bebel Nr. 151 mit 287 gegen 14 Stimmen angenommen, in der es u. a. wie folgt heißt: „Als eines der wirksamsten Kampfmittel, um ein solches politisches Verbrechen an der Arbeiterklasse (Anschlag auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht oder das Koalitionsrecht) abzuwehren oder um sich ein wichtiges Grundrecht für ihre Befreiung zu erobern, betrachtet gegebenen Falles der Parteitag die umfassende Anwendung der Massenarbeitseinstellung" (S. 143). Die ausführliche Resolution schließt mit der Aufforderung an

die Parteigenossen, in die Gewerkschaften, und an die Gewerkschafter, in die Parteiorganisationen einzutreten.

Der Parteitag des nächsten Jahres (1906) zu Mannheim setzte die Frage des politischen Massenstreiks als Punkt 4 auf die Tagesordnung; zu Berichterstattern wurden Bebel und Legien bestimmt. Innerhalb der Partei und der Gewerkschaften und zwischen beiden Organisationen hatten besonders in der Frage des Massenstreiks Verhandlungen stattgefunden. Das Organ der lokalen Gewerkschaften, die „Einigkeit", hatte Bruchstücke aus einem Protokoll über eine vertrauliche Sitzung der Generalkommission vom Februar 1906 abgedruckt, in welchem über eine vorhergehende Konferenz zwischen Generalkommission und Parteivorstand berichtet wurde. Die „Einigkeit" hatte gegen Bebel den Vorwurf erhoben, seine Haltung gegenüber dem Massenstreik unter dem Einfluß der Gewerkschaften radikal geändert zu haben. Der Parteivorstand hatte darauf gegen den Willen der Generalkommission der Gewerkschaften das ganze Protokoll in seinen Grundzügen im „Vorwärts" veröffentlicht. Die Gewerkschaften warfen dem Parteivorstand Vertrauensbruch vor, der Parteivorstand erklärte jedoch, bei der Veröffentlichung in einer Zwangslage gewesen zu sein und im dringenden Interesse der Partei gehandelt zu haben. Es war zu einer heftigen Preßfehde zwischen Partei und Gewerkschaften gekommen. Augenscheinlich beabsichtigte die Parteileitung, die Gewerkschaften, die mit ihrem Protest gegen die Veröffentlichung des Protokolls formell zweifellos im Recht waren, zu besänftigen. So war die Debatte zwar lang, aber auf einen versöhnlichen Ton gestimmt und endete mit der Annahme einer Resolution Bebel Nr. 136, die u. a. erklärt, der Kölner Gewerkschaftsbeschluß (s. o.) stehe nicht im Widerspruch mit der Jenaer Parteitags-Resolution (1905). Weiter wird die Bedeutung der Gewerkschaften ausführlich hervorgehoben und ihnen ausdrücklich ein Mitbeschließungsrecht für einen etwaigen Massenstreik eingeräumt (S. 131/32). Ein Amendement

Kautsky Nr. 170, das den Gewerkschaften wohl die gleiche Notwendigkeit, nicht aber die gleiche Wichtigkeit zugestehen und die gewerkschaftlich organisierten Parteigenossen auch in ihrer gewerkschaftlichen Betätigung ausdrücklich an die Parteitagsbeschlüsse binden wollte, wurde zurückgezogen bezw. abgeschwächt. Die Annahme der Bebelschen Resolution mit 386 gegen 5 Stimmen (S. 306) bekräftigte den Friedensschluß zwischen Partei und Gewerkschaften.

In der Tat klingt die Mannheimer Resolution zum Massenstreik (1906) ganz anders als die Jenaer (1905). Dies liegt hauptsächlich an der großen Enttäuschung, die den Freunden des politischen Massenstreiks das Scheitern des russischen Generalstreiks (August 1906) und die völlige Niederwerfung der Revolution gegen den Zarismus bereitet hatte. Bebel gibt jetzt unumwunden zu, „daß die Gewalten und die Organisationen", die der Sozialdemokratie bei einem Massenstreik gegenüberstehen, — „auf der einen Seite das preussische Königtum und Junkertum, auf der anderen Seite die stramm organisierten Industrie-Barone, daß diese jedem Versuch eines Massenstreiks mit derartig brutalen Mitteln entgegentreten könnten, daß . . . . wir (die deutsche Sozialdemokratie) weit besser organisiert sein müßten, als wir es jetzt sind und auf lange Zeit hinaus sein könnten" (S. 230 des Mannheimer Protokolls).

Mit der Erledigung der Maifeier- und Massenstreikfrage zu beiderseitiger Zufriedenheit haben sich die Reibungspunkte so sehr vermindert, daß man im Allgemeinen von einem kollegialen Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaften auf paritätischer Basis sprechen kann. Es wird keine Gelegenheit in der Partei versäumt, die Solidarität mit den Gewerkschaften zu betonen. Schon im Schlußwort des Mannheimer Parteitages 1906 führt Singer aus: „Wie der Main und der Neckar in den großen mächtigen Strom, den Rhein, fließen, so sind auch Partei und Gewerkschaften Arme eines

großen Stromes, in dem sie sich zusammenfinden, Arme der proletarischen Arbeiterbewegung“ (S. 393).

1908 auf dem Parteitag zu Nürnberg hebt der Vorstandsbericht hervor: „Am Schlusse des Kongresses* konnte Bömelburg unter der Zustimmung der Delegierten feststellen: ‚Wir können mit Recht sagen, daß es heute zwischen den beiden großen Teilen der Arbeiterbewegung Differenzen grundsätzlicher Natur überhaupt nicht mehr gibt‘.“ (S. 14).

Auf dem Parteitag zu Chemnitz 1912 stellt Fritz Ebert im Referat zum Vorstandsbericht fest: „Wir haben mit den Gewerkschaften gute Fühlung gehalten und standen zur Leitung der Gewerkschaftsbewegung, zur Generalkommission, fortdauernd in engen, von gegenseitigem Vertrauen getragenen Beziehungen“ (S. 216/17).

c) Die Genossenschaftsbewegung.

Ganz besonders augenfällig ist der Wandel in den Anschauungen innerhalb der Partei bei der Genossenschaftsfrage.

Auf der Tagesordnung des Parteitages zu Berlin 1892 stand als Punkt 8: „Das Genossenschaftswesen, der Boykott und die Kontroll-Schutzmarke“. Der Referent I. Auer legte folgende Resolution vor:

> In der Fage des Genossenschaftswesens steht die Partei nach wie vor auf dem Standpunkt:
>
> Sie kann die Gründung von Genossenschaften nur da gutheißen, wo sie die soziale Existenzmöglichkeit von im politischen oder im gewerkschaftlichen Kampfe gemaßregelten Genossen bezwecken oder wo sie dazu dienen sollen, die Agitation zu erleichtern, sie von allen äußeren Einflüssen der Gegner zu befreien. Aber in allen diesen Fällen müssen die Parteigenossen die Frage der Unter-

---

* 6. deutscher Gewerkschaftskongreß 1908 zu Hamburg.

stützung davon abhängig machen, daß genügend Mittel für eine gesunde finanzielle Grundlage zur Verfügung stehen und Garantieen für geschäftskundige Leitung und Verwaltung gegeben sind, ehe Genossenschaften ins Leben gerufen werden.

Im Uebrigen haben die Parteigenossen der Gründung von Genossenschaften entgegenzutreten und namentlich den Glauben zu bekämpfen, daß Genossenschaften imstande seien, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu beeinflussen, die Klassenlage der Arbeiter zu heben, den politischen und gewerkschaftlichen Klassenkampf der Arbeiter zu beseitigen oder auch nur zu mildern" (S. 220).

Diese Resolution wurde angenommen (S. 248). Man merkt ihr deutlich den gewollten Gegensatz zu der Lassalle schen Idee von den Produktivgenossenschaften an, die ein Jahr vorher mit dem Erfurter Programm aufgegeben war.

Die parlamentarischen Berichte an die Parteitage zu Breslau 1895, Gotha 1896 und Hamburg 1897 klagen über die Chikanierung der Konsumvereine durch die Behörden.

Der eigentliche Vorkämpfer in der Partei für die Bedeutung des Genossenschaftswesens ist Eduard Bernstein gewesen. Auf dem Parteitage zu Hannover 1899 wandte sich Bebel in der Bernstein-Debatte ausdrücklich gegen die Bernsteinsche Auffassung der Genossenschaften; er fordert im Schlußworte die Arbeiter auf, fortgesetzt an ihrer wirtschaftlichen und politischen Bildung zu arbeiten, und führt aus: „Je tüchtiger und gebildeter . . . wir in all diesen Richtungen unsere Genossen geschult haben, um so leichter können wir schließlich an das Werk der Sozialisierung der Wirtschaft gehen. Von diesem, aber auch nur von diesem Gesichtspunkte aus schreibe ich den Genossenschaften eine Bedeutung bei . . . . Ich glaube nicht an die sogenannte ‚soziale Dreieinigkeit': politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Bewegung" (S. 236). In der Resolution Bebel Nr. 81 heißt der Abschnitt 4:

Die Partei steht der Gründung von Wirtschaftsgenossenschaften neutral gegenüber; sie erachtet die Gründung solcher Genossenschaften, vorausgesetzt, daß die dazu nötigen Vorbedingungen vorhanden sind, als geeignet, in der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder Verbesserungen herbeizuführen, sie sieht auch in der Gründung solcher Genossenschaften, wie in jeder Organisation der Arbeiter zur Wahrung und Förderung ihrer Interessen, ein geeignetes Mittel zur Erziehung der Arbeiterklasse zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten, aber sie mißt diesen Wirtschaftsgenossenschaften keine entscheidende Bedeutung bei für die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnsklaverei (S. 68).

Die Resolution wurde mit 216 gegen 21 Stimmen angenommen (S. 243).

Der parlamentarische Bericht an den Parteitag zu Mainz 1900 enthält unter der Ueberschrift: „Petitionen" folgenden Passus: „Ohne die Partei im Geringsten mit den Konsumvereinen zu identifizieren, bekämpfen wir die Umsatzbesteuerung der Konsumvereine überhaupt und namentlich aber solange die landwirtschaftlichen Genossenschaften und andere großkapitalistische Ver- und Einkaufs-Organisationen von der Umsatzsteuer befreit bleiben" (S. 75).

Der Parteitag zu Magdeburg 1910 hatte die Genossenschaftsfrage als Punkt 6 auf die Tagesordnung gesetzt. Nach einem ausführlichen Referat von H. Fleissner-Dresden wurde die vom Parteivorstand und der Kontrollkommission gestellte Resolution Nr. 92 angenommen. Die beiden letzten Absätze lauten wie folgt:

Die sozialdemokratische Partei vertritt die Interessen der Konsumgenossenschaften in der Presse und in den parlamentarischen Körperschaften wider die Angriffe ihrer Gegner. Dieses Eintreten für die Konsumvereine entspricht den Klasseninteressen des Proletariats, denn die genossenschaftliche Tätigkeit ist eine wirksame Ergänzung

des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes für die Hebung der Lage der Arbeiterklasse. Der Parteitag fordert die Genossinnen und Genossen dringend auf, in diesem Sinne zu wirken und die im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleiteten Konsumvereine zu unterstützen" (S. 179).

Eine Resolution des ersten pfälzischen Wahlkreises Nr. 89, welche die Bedeutung der Genossenschaften für die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Produktion betonte, wurde zurückgezogen (S. 465).

Der Vorstandsbericht an den Parteitag zu Chemnitz 1912 teilt mit: „Die Genossenschaften stehen in erfreulicher Blüte" (S. 7). — So hat sich die Bewertung der Genossenschaften durch die Partei innerhalb von 20 Jahren radikal geändert.

d) Der Revisionismus.

Während die Gewerkschafts- und die Genossenschaftsbewegung aus der Praxis hervorwuchsen und aus der Praxis ihre grundlegenden Ideen ableiteten, ist eine andere Bewegung aus der Kritik der sich als Marxismus bezeichnenden herrschenden Richtung innerhalb der Partei hervorgegangen: der Revisionismus.

Ich will nacheinander den Ideengehalt des Revisionismus, seine Geschichte und seine Bedeutung für die Haltung der Partei betrachten.

1. Der Ideengehalt des Revisionismus.

Verschiedene Erwägungen führten dazu, daß innerhalb der sozialdemokratischen Partei die Zusammenbruchstheorie revidiert wurde. Seit Erlaß des Kommunistischen Manifestes war über ein halbes Jahrhundert vergangen, die Fortschritte des Sozialismus waren durchaus nicht stürmisch gewesen, die „verfaulte Bourgeoisie" war die Trägerin eines gewaltigen Aufschwungs der Zivilisation geworden, von einer gewaltigen Zunahme des Elends konnte — wenigstens absolut — nicht

die Rede sein, der Mittelstand gruppierte sich neu, zeigte aber keine Tendenz zu verschwinden, die Konzentrierung der Produktion vollzog sich in den einzelnen Gewerbezweigen mit verschiedener Intensität und war in der Landwirtschaft überhaupt nicht zu beobachten, die politische Demokratisierung machte fast überall deutliche Fortschritte, die verschiedenen Prophezeiungen über den Zeitpunkt des Zusammenbruchs und über den Turnus der Wirtschaftskrisen hatten sich zum großen Teil als falsch herausgestellt und innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft war der Gedanke sozialer Reformen erwacht, hatte das Ohr der Regierung gewonnen und hatte sich in einer Reihe von prinzipiell höchst bedeutsamen Sozialgesetzen in die Praxis umgesetzt. Rein spekulativ kam als weiteres Moment die Kritik hinzu, daß die gewaltsame und plötzliche Ablösung einer sozialen Struktur durch eine neue dem allgemein anerkannten und namentlich auch von der materialistischen Geschichtsauffassung betonten Entwicklungsprinzip widerstreite und daher als unmöglich abzulehnen sei. Diese Gedanken, die durch Beobachtungen aus der wirtschaftlichen Entwicklung befruchtet und fortlaufend bestätigt wurden, traten in wissenschaftlichem Gewande als kritische Weiterbildung des Marxismus hervor.

2. Die Geschichte des Revisionismus.

Ein Vorläufer der Bewegung, die später Revisionismus genannt wurde, war Georg von Vollmar, der sich im Jahre 1891 auf dem Parteitage zu Erfurt gegen den Vorwurf zu verteidigen hatte, er verleugne den revolutionären Charakter der Sozialdemokratie. Vollmar sagt: „Die Förderung der unmittelbarsten Volksbedürfnisse und die Erringung der nächsten Forderungen ist für mich eine Hauptsache, nicht nur deswegen, weil sie von großem agitatorischen Wert, von großer Werbekraft auf die Masse ist, sondern auch deshalb, weil nach meiner Ueberzeugung dieses allmähliche Fortschreiten, diese allmähliche Sozialisierung der naturgemäß vorgezeichnete Weg

der fortschreitenden Uebergänge ist“ (S. 182). Da Vollmar ziemlich isoliert blieb, hielt es der Parteitag nicht für nötig, Vollmar ausdrücklich zu desavouieren; über einen diesbezüglichen Antrag Oertel-Nürnberg (S. 216) wurde zur Tagesordnung übergegangen (S. 287).

1891 auf dem Parteitage zu Erfurt erklärt W. Liebknecht in seinem Referat zum Parteiprogramm: „Wer da wähnt, allmählich auf dem Wege der Kompromisse, mit kleinbürgerlichen Salben uud Palliativmittelchen ließen sich die Uebel der heutigen Gesellschaft so mildern, daß man sie wenigstens noch auf einige Zeit ertragen könne, — wer solchen Anschauungen huldigt, verleugnet den revolutionären Boden der Partei“ (S. 338).

Im Jahre 1898 erschien im wissenschaftlichen Organ der Partei, der „Neuen Zeit“, eine Artikelserie von dem unter dem Sozialistengesetze ausgewiesenen und damals in London lebenden Genossen Eduard Bernstein unter dem Titel: „Probleme des Sozialismus“ und rief große Erregung in der Partei und der Presse hervor. Auf dem Parteitag zu Stuttgart 1898 kam die Haltung Bernsteins in der Diskussion zur Sprache. Im Bernsteinschen (revisionistischen) Sinne sprachen H. Peus, I. Auer und W. Heine. Bernstein hatte eine lange Erklärung an den Parteitag gesandt, die von Bebel verlesen wurde Gegen die Revisionisten sprachen außer Bebel noch Klara Zetkin und Karl Kautsky. — Bernstein erklärt den Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft für in weiter Ferne liegend, wenn man nicht überhaupt diese Theorie aufgeben müsse.

In seinem Buche: „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“, Stuttgart 1899, weist er auf den Widerspruch in der Marxschen Zusammenbruchstheorie hin; auf S. 25 heißt es: daß „Marx-Engels durch durch die strenge Durchführung des Entwicklungsgedankens den Bestand der bürgerlichen Gesellschaft als unmöglich hinstellen, daneben aber einen wahren Wunderglauben an die Macht der Gewalt zeigen“. S. 30/31 spricht Bernstein über

den Dualismus in der Marxschen Lehre: Klassenkampf und Eindringen in die sozialen Vorbedingungen der Arbeiter-Emanzipation. Hieraus seien die beiden Richtungen im modernen Sozialismus hervorgegangen: „Aufbauen“ und „Niederreißen“, je nach den in den Zeitverhältnissen liegenden Möglichkeiten erscheint das erstere als „utopistisch, sektiererisch, friedlich evolutionistisch“, das andere als „konspiratorisch, demagogisch, terroristisch“. Bernstein wendet das Evolutions-Prinzip folgerichtig auch auf den Sozialismus an und sieht die Erfolge dieser Bewegung in einer Demokratisierung und gleichzeitigen Sozialisierung der bestehenden Gesellschaft, also in einer schrittweise sich vollziehenden Annäherung an das Endziel. Er prägt das ihm von der radikalen Mehrheit der Partei sehr verdachte Wort: „Das Ziel ist mir nichts, die Bewegung ist mir alles!“*

Der Parteitag zu Hannover 1899 hatte als Punkt 5 auf die Tagesordnung gesetzt: „Die Angriffe auf die Grundanschauungen und die taktische Stellungnahme der Partei“. Bebel übernahm das Referat zu diesem Punkte und Dr. Eduard David-Mainz das Korreferat.** Eine starke Strömung in der Partei drängte darauf hin, den Parteimitgliedern die unterminierende Kritik der Grundsätze und Anschauungen zu verbieten, und Bebel war sicher der Letzte, der unbeschränkte Kritik gelten ließ. Dem gegenüber mutet es fast wie Ironie an, wenn Bebel in der Einleitung seines Referats betont: „Ketzerrichterei*** setzt voraus, daß wir Dogmen haben, wenn es aber eine Partei gibt, die keine Dogmen hat, dann ist es die sozialdemokratische, und wenn es Männer gab, die das Dogmenwesen entschieden bekämpften und uns aus dem

---

* Eduard Bernstein: „Zur Theorie und Geschichte des Sozialismus“ S. 95.

** Bernstein, der in Deutschland wegen politischer Vergehen steckbrieflich verfolgt wurde, konnte in Hannover nicht persönlich erscheinen.

*** Die in der Presse und in Versammlungen vom Parteitag befürchtet worden war.

Kopfe gefegt haben, so sind es Marx und Engels gewesen (sehr wahr!)“ (S. 94). Es klingt recht widerspruchsvoll, wenn Bebel unter stürmischem Beifall weiter sagt: „Also es bleibt bei der Expropriation. Die geben wir nicht auf“, und gleich darauf feststellt: „Wir haben es nicht nötig, mit Gewalt vorzugehen“ (S. 121). Der Korreferent Dr. David, einer der gewandtesten Redner in der ganzen Partei, charakterisiert den Kampf gegen den Revisionismus treffend wie folgt: „Man hat unsere Gegenwartsarbeit als Palliativmittel, als Flickwerk bezeichnet, womit doch nichts Wesentliches erreicht wird. Man hat sie sogar als unter Umständen gefährlich für den Fortschritt der Bewegung stigmatisiert. . . . . Das ist noch die alte Auffassung; wenn man den Arbeitern heute schon etwas bietet, so läuft man unter Umständen Gefahr, ihre revolutionäre Bewegung zu hemmen. Man begründet dann weiter die Geringschätzung der Gegenwartsarbeit, indem man sagt, die Hauptsache ist, sozialrevolutionäre Propaganda zu treiben, um die Massen zu begeistern. Das Endziel soll unser Richtstern sein. Nun, der Richtstern für unser Handeln ist das soziale Prinzip, die Demokratisierung und die Sozialisierung“ (S. 136 f.). Die von Bebel gestellte Resolution Nr. 81 führt aus, daß die Partei auf dem Boden des Klassenkampfes verharre, zwar zur „Stärkung der Partei bei Wahlen“, „Erweiterung politischer Rechte und Freiheiten des Volks“, „ernsthaften Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterklasse und Förderung von Kulturaufgaben“ und „Bekämpfung arbeiter- und volksfeindlicher Bestrebungen“ ein Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien von Fall zu Fall nicht ablehne, aber keinen Grund habe, „weder ihre Grundsätze und Grundforderungen, noch ihre Taktik, noch ihren Namen zu ändern, d. h. aus der sozialdemokratischen Partei eine demokratisch-sozialistische Reformpartei zu werden“. Zum Schluß weist die Resolution „jeden Versuch energisch zurück, der darauf hinausgeht, ihre Stellung gegenüber der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung und den bürgerlichen Parteien

zu verschleiern oder zu verrücken“ (S. 244). Die Resolution wurde mit 216 gegen 21 Stimmen angenommen (S. 243). Namen zu nennen oder auch nur die revisionistischen Ideen zu formulieren und zu widerlegen, hatte die radikale Mehrheit nicht gewagt, und Vollmar trifft in der Dissussion das Richtige, wenn er sagt: „Schönlank sagt: Von einem Scheiterhaufen war keine Rede. Jawohl. Der Scheiterhaufen war schon da, aber die Zündhölzchen wollten nicht anbrennen, und die Kraft hat nicht ausgereicht, uns auf den Scheiterhaufen zu werfen“ (S. 213).

Auf dem Lübecker Parteitag 1901 kommt der Revisionismus erneut zur Sprache. Bebel, dem es in erster Linie auf die Einigkeit der Partei ankommt, sucht die Bernsteinschen Ideen dadurch abzuschwächen, daß er behauptet: „Das ganze Auftreten Bernsteins würde in der Partei lange nicht die Bedeutung gehabt haben, wenn wir nicht eine Prosperitäts-Epoche von ungewöhnlicher Dauer gehabt hätten und diese nicht in einer Menge von Köpfen unter uns den Glauben an die Richtigkeit unserer bisherigen Voraussetzungen erschüttert hätte (sehr richtig!). Nun ist die Krise gekommen, und so bedauerlich sie ist wegen ihrer entsetzlichen Wirkungen für Hunderttausende und Millionen von Arbeitern, vom Standpunkt der Partei ist sie von den besten Folgen. Sie hat mit elektrischem Licht beleuchtet, wie es in Wahrheit in der bürgerlichen Gesellschaft aussieht, und ich bin überzeugt, wäre die Krise vor $2^1/_2$ Jahren gekommen, statt in diesem Frühjahr, das Bernsteinsche Buch wäre nicht geschrieben worden (sehr richtig!)“ (S. 169). Hierin irrt sich aber Bebel sehr: Die „revisionistischen“ Ideen Bernsteins kommen in einer ganzen Reihe von Aufsätzen zur Geltung, die z. T. schon Anfang der neunziger Jahre geschrieben sind. Bernstein ist sich der Bedeutung seiner Ideen voll bewußt. Er sagt in seinem Schlußwort: „Ich bin überzeugt, es wird die Zeit kommen, wo die Sozialdemokratie stolz sein wird, ein solches Buch zu besitzen (Lachen). Jawohl, das ist keine Ruhm-

redigkeit, es ist meine feste Ueberzeugung: wenn die Streiterei vorüber ist, dann werden Sie sehen, daß mein Buch eine große Masse von Erkenntniselementen enthält, die für die Bewegung Früchte tragen werden und nicht zum Nachteil ausschlagen" (S. 179). Schließlich wird folgende Resolution Bebel Nr. 109 mit 203 gegen 31 Stimmen angenommen:

> Der Parteitag erkennt rückhaltlos die Notwendigkeit der Selbstkritik für die geistige Fortentwicklung unserer Partei an. Aber die durchaus einseitige Art, wie der Genosse Bernstein diese Kritik in den letzten Jahren betrieb, unter Außerachtlassung der Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft und ihren Trägern, hat ihn in eine zweideutige Position gebracht und die Mißstimmung eines großen Teiles der Parteigenossen erregt.
>
> In der Erwartung, daß der Genosse Bernstein sich dieser Erkenntnis nicht verschließt und danach handelt, geht der Parteitag über die Anträge 52, 91, 92 und 93 zur Tagesordnung über* (S. 187/88).

Den Höhepunkt erreichte der Kampf gegen den Revisionismus auf dem Parteitag zu Dresden 1903. Mit großer Erbitterung wurde herüber und hinüber gekämpft, und zuweilen schien die Spaltung der Partei unabwendbar. Es war verständlich, daß die Erfolge der Partei bei den Reichstagswahlen dieses Jahres das Gefühl der Stärke erzeugen mußten, und daß unentwegtes Festhalten an den radikalen Prinzipien die Gewähr für den endlichen völligen Sieg zu bieten schien. Als Punkt 4 war auf die Tagesordnung von Dresden gesetzt worden: „Die Taktik der Partei". Vorher hatte es eine lebhafte, zeitweise geradezu stürmische Debatte gegeben über das Recht von Parteimitgliedern, an bürgerlichen Preßorganen mitzuarbeiten. Die Gemüter waren erregt und der Wunsch weit verbreitet, jetzt, wo es einmal zur Abrechnung mit di-

---

* Diese Anträge waren viel schärfer gehalten.

vergierenden Elementen gekommen war, reinen Tisch zu machen. Bebel hatte das Referat übernommen. Er charakterisierte die Revisionisten unter lebhafter Zustimmung des Parteitages wie folgt: „Die Vertuschung, Ueberbrückung der Gegensätze zwischen Proletariat und bürgerlicher Gesellschaft, das ist das Streben, das die Männer, die sich Revisionisten nennen, in der Partei haben“ (S. 319). Vollmar, der Korreferent, weist die Angriffe Bebels zurück, wendet sich in erster Linie gegen Kautsky's Forderung: die Kritik müsse zurückgestellt werden — und ruft aus: „Ja, das können sie beim Papst und in der Kirche auch haben“ (S. 341). Kautsky fertigt den Revisionismus mit heftigen Worten ab: „Wie oft ist nicht gesagt worden, wir müssen das Programm revidieren, dann erklären die Revisionisten, wir müssen im alten Gleise bleiben. Was passiert aber, wenn jemand neue Bahnen einschlagen will und im alten Gleise bleibt? Er entgleist (lebhafte Zustimmung). Nicht als bestimmte Richtung, sondern als eine ununterbrochene Reihe von Entgleisungen tritt der deutsche Revisionismus auf (sehr wahr!). Das ist durchaus logisch, denn die Entgleisung ist die klassische Form eines Vorganges, bei dem das Ziel nichts ist, die Bewegung alles (stürmischer Beifall)“ (S. 387). Alle Revisionisten, die zum Wort kamen, erklärten, einen Revisionismus, wie ihn Bebel, Kautsky und andere schildern, nicht zu kennen; Vollmar erklärt die Sätze der Vorstandsresolution über den Revisionismus für einen „Popanz“, den „der Verfasser sich zurechtgemacht hat, um auf ihn losschlagen zu können“ (S. 342). Daher stimmte auch die Mehrzahl der Revisionisten für die Resolution, die dann mit 288 gegen 11 Stimmen angenommen wurde. Die großspurigen, aber doch ziemlich nichtssagenden Sätze gegen die revisionistischen Bestrebungen in dieser Resolution lauten wie folgt:

> Der Parteitag verurteilt auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen, unsere bisherige bewährte und sieggekrönte, auf dem Klassenkampf beruhende Tak-

tik in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Ueberwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt.

Die Folge einer derartigen revisionistischen Taktik wäre, daß aus einer Partei, die auf die möglichst rasche Umwandlung der bestehenden bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaftsordnung hinarbeitet, also im besten Sinne des Wortes revolutionär ist, eine Partei tritt, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft begnügt.

Daher ist der Parteitag im Gegensatz zu den in der Partei vorhandenen revisionistischen Bestrebungen der Ueberzeugung, daß die Klassengegensätze sich nicht abschwächen, sondern stetig verschärfen, und erklärt:

1) daß die Partei die Verantwortung ablehnt für die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden politischen und wirtschaftlichen Zustände und daß sie deshalb jede Bewilligung von Mitteln verweigert, welche geeignet sind, die herrschende Klasse an der Regierung zu erhalten,

2) daß die Sozialdemokratie gemäß der Resolution Kautsky des internationalen Sozialistenkongresses zu Paris im Jahre 1900, einen Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht erstreben kann" (S. 418/19).

Es unterliegt keinem Zweifel, und wird von Vollmar in seinem Korreferat (S. 321 ff.) und in der Diskussion von Johannes Timm-München (S. 361) ausdrücklich hervorgehoben, daß der große persönliche Einfluß Bebels viel dazu beiträgt, daß die Mitglieder der Versammlungen, zu denen er redet, ihm zustimmen. Dazu kommt, daß der radikale Kautsky, der anerkannte Theoretiker in der Partei, mit Bebel übereinstimmt und vermöge seines Radikalismus nach dem oft be-

währten massenpsychologischen Grundsatz die Mehrheit auch einer Delegiertenversammlung auf seine Seite zu ziehen versteht.

3. Die Bedeutung des Revisionismus für die sozialdemokratische Partei.

Die Unterschiede zwischen der radikalen und der revisionistischen Strömung innerhalb der Partei scheinen mir nach drei Richtungen hin zu liegen:

1. Die Radikalen sind verschämte, — die Revisionisten offene Realpolitiker.
2. Die Radikalen geben sich den Anschein, als ob wesentliche Erfolge durch die Gegenwartsarbeit nicht zu erzielen sind, und erwarten von der Gegenwartsarbeit nur eine gewisse Kräftigung und Vorbereitung der Massen für den letzten siegreichen Kampf, — die Revisionisten glauben durch die praktische Arbeit im Gegenwartsstaat die Demokratisierung und die Sozialisierung der bestehenden Gesellschaft schrittweise herbeizuführen.
3. Die Radikalen wollen zuerst die Propaganda, Aufklärung der Massen und Eroberung der politischen Macht, und dann erst den Umsturz und Herbeiführung der sozialistischen Gesellschaft, — die Revisionisten wollen die Demokratisierung unter gleichzeitiger Sozialisierung.

Die Verfechter des revolutionären Charakters der Sozialdemokratie haben von der Revolution eine etwas verschwommene Auffassung. Wenn man das Wort „Revolution“ etwa folgendermaßen definiert: „Revolution ist die Verdrängung eines bestehenden (politischen oder sozialen) Zustandes und die Ersetzung durch einen neuen“, so trifft man hiermit auch die „Evolution“ der Revisionisten. Die revolutionäre Richtung erwartet die Verdrängung „plötzlich“ und „gewaltsam“. Nun sind dies durchaus relative Begriffe. „Gewaltsam“, wenn auch in verschiedenem Grade, sind sowohl die schrittweise Verdrängung der bürgerlichen kapitalistischen Welt, wie die „Expropia-

tion der Expropiateure", wie auch die Barrikadenkämpfe. Und „plötzlich" für die Durchsetzung größerer Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme ist auch noch der Zeitraum von ein oder zwei Menschenaltern, nicht nur der Umschwung über Nacht. Innerhalb der Sozialdemokratie können also die Radikalen und Revisionisten das Wort „Revolution" gebrauchen, — nur denken sie sich dabei Verschiedenes.

Theoretisch hat sich die Mehrheit der Partei — wie sie auf den Parteitagen vertreten war — gegen den Revisionismus ausgesprochen, hat jedoch faktisch die freien Gewerkschaften in ihrer praktischen Tätigkeit gewähren lassen und auch in den Parlamenten eifrig für die Hebung der arbeitenden Klassen gewirkt.

e) Die Sozialdemokratie in den Parlamenten.

Die Ideen der Revisionisten sind das Rüstzeug für alle Strömungen innerhalb der Partei gewesen, die in der praktischen Mitarbeit im Gegenwartsstaat die Hauptaufgabe des Sozialismus erblickten. Nachdem die Partei sich grundsätzlich zur praktischen Beteiligung an der Beratung der Gesetze entschlossen hatte, setzt eine Kette von Konzessionen ein, deren Notwendigkeit anfangs geleugnet, schließlich aber zögernd zugegeben wurde. Ich habe drei Fragen herausgegriffen, über die innerhalb der Partei die Anschauungen sich gewandelt haben, resp. zu wandeln im Begriffe sind, und die in der Reihenfolge, in der ich sie betrachten möchte, eine gewisse Steigerung bedeuten:

1. Die Wahltaktik, die von absoluter Neutralität bei Stichwahlen zwischen Gegnern und einer ausnahmsweisen Stichwahlhilfe ad hoc über formulierte Bedingungen zur Stichwahlhilfe zum Wahlbündnis im weitesten Sinne führt; die Sozialdemokratie stellt sich dadurch in wachsendem Maße als Partei neben die einzelnen bürgerlichen Parteien und macht Konzessionen an die politische Organisation der Bourgeoisie;

2. das Eingehen gewisser repräsentativer Verpflichtungen durch Annahme von Sitzen im Seniorenkonvent und im Präsidium der parlamentarischen Körperschaften; hierbei kommen die gewählten Genossen mit Regierungsorganen und mit dem Monarchen dienstlich in Berührung, erkennen also die Autoritäten, die sie als Sozialdemokraten zu verwerfen haben, für ihre Person ausdrücklich an;

3. die Gewährung der Mittel für das gegenwärtige Regime durch die Budgetbewilligung; die Parteimitglieder tragen einzelner, wenn auch wichtiger Reformen wegen dazu bei, den Gegenwartsstaat am Leben zu erhalten.

Die Stellungnahme der Partei zu den einzelnen Gesetzentwürfen, besonders zu den Sozialgesetzen, gehört nicht in diesen Zusammenhang, da im Sinne der offiziellen Parteipolitik wirkliche Reformen ohne Zugabe von schwerwiegenden Nachteilen immer zu erstreben sind. Soweit die sozialen Reformen der eingebrachten Gesetzesvorlagen mit demokratischen Rückschritten verknüpft waren und die Stellungnahme der Partei erschwerten, habe ich die Haltung der Partei im Kapitel III behandelt.

Von den sonstigen Vorlagen in den Parlamenten sind die Wehr- und die Kolonialvorlagen stets prinzipiell abgelehnt worden; nur insoweit es galt, Abstriche durchzusetzen, die vom Militarismus und der Kolonialpolitik Betroffenen zu schützen und Ungerechtigkeiten zu beseitigen, hat sich die Sozialdemokratie bei der materiellen Beratung der Gesetze beteiligt. In der Beratung der Steuer- und Zollfragen hat es gleichfalls eine starke Gegenströmung gegen die programmatische Verwerfung der Konsumabgaben und die Propagierung direkter Steuern bisher nicht gegeben. In bezug auf den ganzen Komplex der Kultur- und Verkehrsaufgaben hat die Sozialdemokratie ihren alten sympathischen Standpunkt bewahrt. — Die Haltung der deutschen Sozialdemokratie zu den Fragen der auswärtigen Politik gehört nicht in den Bereich dieser Untersuchung.

1. Die Wahltaktik

Der Parteitag zu St. Gallen im Jahre 1887 hatte folgendem Antrag Bebel zugestimmt:

> Der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen, überall da, wo Erfolge in Aussicht stehen, in die Wahlagitation einzutreten, sei es für den Reichstag, die Landtage oder die Gemeindevertretungen, doch ist besonders in bezug auf die letzteren sorgfältige Erwägung geboten. Bei den Reichstagswahlen ist es Pflicht der Genossen, in jedem Wahlkreise, wo Stimmen zu erlangen sind, wenigstens Zählkandidaten aufzustellen.
>
> Der Parteitag spricht ferner die bestimmte Erwartung aus, daß die Parteigenossen in allen diesen Agitationen, gestützt auf die eigenen Kräfte und unter Zurückweisung jedes wie immer gearteten Kompromisses, selbständig vorgehen. Im Falle von engeren Wahlen empfiehlt der Parteitag, gestützt auf die bisher gemachten Erfahrungen, Stimmenthaltung (S. 34 des St. Galler Protokolls).

Nach dem Ausfall der Hauptwahlen zum Reichstag am 20. Februar 1890 jedoch hatte der Parteivorstand* Aussicht, eine Mehrheit gegen das Sozialistengesetz in den Reichstag zu bringen, wenn er die Wahlparole für die oppositionellen Parteien ausgäbe. Der Aufruf zur Unterstützung der Opposition in den Stichwahlen berief sich auf vielfache Anregungen aus den Wahlkreisen und wurde auch überwiegend befolgt.

Auf dem Parteitage zu Halle 1890 hatte zum Punkt 3 der Tagesordnung: „Bericht über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsfraktion“ Paul Singer das Referat übernommen und verteidigte die dem St. Galler Beschluß widerstreitende Stichwahlparole des Parteivorstandes. Der Wahlerfolg söhnte die Mehrheit der Parteitagsdelegierten mit dem Vorgehen der Partei-

---

* Der Parteivorstand war damals mit der Reichstagsfraktion identisch.

leitung aus, so daß eine Resolution Herbert-Stettin, die für Stichwahlen zwischen bürgerlichen Parteien Stimmenthaltung proklamieren wollte, mit großer Mehrheit abgelehnt wurde (S. 275).

Anträge auf völlige Stimmenthaltung der Sozialdemokratie bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Kandidaten wurden noch wiederholt eingebracht: 1892 auf dem Parteitag zu Berlin wurde zwar ein Antrag gegen Kompromisse mit bürgerlichen Parteien angenommen, ein Zusatz dagegen, der verlangte, sich bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Parteien der Stimmabgabe zu enthalten, abgelehnt (S. 286).

1906 auf dem Parteitage zu Mannheim wurde ein Antrag Berlin III. Nr. 116 auf Stimmenthaltung von der Tagesordnung abgesetzt, da dieser Punkt für die 1908 zu erwartenden Reichstagswahlen auf die Tagesordnung des Parteitages von 1907 gesetzt werden sollte.

Unter dem Eindruck der für die Sozialdemokratie ungünstigen Blockwahlen vom Januar 1907, die der Reichstagsauflösung vom Dezember 1906 folgten, waren eine Anzahl Anträge auf Stimmenthaltung bei Stichwahlen zwischen gegnerischen Kandidaten vor den Essener Parteitag von 1907 gebracht worden. Bebel erklärte dazu folgendes: „Nun gibt es aber in der Politik keinen größeren Fehler, als wenn man sich von Leidenschaft und Haß gegen eine Person oder gegen eine Partei leiten läßt. ... Es wäre der größte Fehler, wenn wir uns heute für die Zukunft, von der wir gar nicht wissen können, wie sie sich im Einzelnen gestaltet, die Hände binden wollten“ (S. 335).

Seitdem hat es Anträge auf grundsätzliche Stimmenthaltung nicht mehr gegeben: Sowohl vor wie nach den Reichstagswahlen vom Januar 1912 sind solche Anträge nicht gestellt worden.

Auf dem Parteitag zu Hamburg 1897 formulierte der Parteivorstand zum erstenmal in einer Resolution die Bedingungen, unter denen die sozialdemokratische Partei gewillt sei, in den Stichwahlen einen bürgerlichen Kandidaten gegen einen anderen zu unterstützen. Seither sind solche formulierten Bedingungen

vor jeder Reichstagswahl aufgestellt worden, mit alleiniger Ausnahme von 1907; da jedoch die Wahlen sich unmittelbar nach der unerwarteten Reichtsagsauflösung vom Dezember 1906 vollzogen, und die Sozialdemokratie den ihr sonst am nächsten stehenden Liberalen schroff gegenüberstand, so war eine allgemeine Stichwahlparole nicht möglich. (De facto werden die Sozialdemokraten in den Stichwahlen an den meisten Orten für ihre Oppositionsgenossen, das Zentrum und dessen Anhang, gegen die Parteien des Bülow-Blocks gestimmt haben.) Ich stelle die Resolutionen von 1897 (für 1898), 1902 (für 1903) und 1911 (für 1912) in der beiliegenden Tabelle (s. S. 50/51) einander gegenüber.

Die Bedingungen auf der Tabelle dokumentieren, abgesehen von speziellen, durch die Besonderheiten der jeweiligen Lage bedingten Abweichungen, eine deutliche Tendenz des Entgegenkommens:

Der Punkt 6 für die Wahlen von 1898 (gegen alle Wehrvorlagen) war in der ursprünglichen Resolution Bebel nicht vorgesehen und ist erst nachträglich durch ein Amendement Katzenstein aufgenommen worden.

Die Bedingungen für die Wahlen von 1903 sind knapper als die von 1898, heben die Gegnerschaft gegen die damals besonders aktuellen Lebensmittelzölle hervor, lassen aber die Ablehnung eines Septennats oder Quinquenats fallen und verpflichten zur Ablehnung einer Wehrvorlage nur, wenn sie mit vermehrten Lasten verbunden ist.

Die Bedingungen von 1912 verpflichten überhaupt nicht zur Ablehnung der Wehrvorlagen und bringen zum Schluß einen besonderen Passus, der wie folgt lautet:

> Stehen in der engeren Wahl zwei Kandidaten, die beide bereit sind, die aufgestellten Bedingungen zu erfüllen, so ist der Liberale dem Nichtliberalen vorzuziehen.

Nach den Hauptwahlen im Januar 1912 schloß der Parteivorstand ein Abkommen mit der fortschrittlichen Volkspartei, in welchem sich die Parteien verpflichteten, in gewissen Kreisen

Anlage: Die Bedingungen für die Stichwahlunterstützung bürgerlicher Kandidaten.

1898.	1903	1912.
Antrag Nr. 100 des Parteitages zu Hamburg 1897. (S. 154)	**Antrag Nr. 101 des Parteitages zu München 1902. (S. 88/89)**	**Antrag Nr. 70 des Parte tages zu Jena 1911. (S. 159/60)**
1. Für Aufrechterhaltung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in seiner jetzigen Gestalt, es sei denn, daß es sich um Anträge auf Erweiterung oder größere Sicherung desselben handelt	1. Für uneingeschränkte Aufrechterhaltung des bestehenden Reichstagswahlrechts	1. Für Aufrechterhaltung d bestehenden Wahlrech für den Reichstag
2. Für Aufrechterhaltung des unverkürzten Budgetrechts des Reichstages (kein Septennat, Quinquenat u. s. w.)		
3. Für Sicherung des vollen Vereins- Versammlungs- und Koalitionsrechts durch ein Reichsgesetz		2. Gegen eine Beschränku des Vereins- und Ve sammlungsrechtes und d Koalitionsrechtes.
4. Gegen die Einführung von Ausnahmegesetzen irgendeiner Art und gegen die die Verschärfung des bestehenden Strafrechts, soweit es sich um politische Vergehen oder Verbrechen handelt.	4. Gegen jede Ausnahmegesetzgebung und gegen jede Verschlechterung des bestehenden Rechtszustandes	3. Gegen eine Verschärfu der sogenannten politisch Paragraphen d. Strafrech
		4. Gegen ein wie immer g artetes Ausnahmegesetz.
5. Gegen jede Verschlechterung der bestehenden Preßgesetzgebung.		
6. Gegen jede Vermehrung des stehenden Heeres und der Marine.	5. Gegen jede Militär und Marinevorlage, die höhere Lasten erfordert.	

1. Gegen die Einführung neuer oder die Erhöhung bestehend. indirekter Steuern und Zölle auf notwendige Lebens- und Genußmittel (Bier, Tabak u. s. w.)

2. Gegen die bestehenden Zölle auf Lebensmittel.

3. Gegen jede neue indirekte Steuer oder eine Erhöhung der bestehenden auf Konsumartikel der großen Masse der Bevölkerung.

4. Gegen jede Aufhebung u Einschränkung v. Arbeiterschutz- oder Arbeiterversicherungs-Gesetzen oder Verordnungen, außer in den unter 1. aufgeführten Fällen.

5. Gegen jede Erhöhung oder Neueinführung von Zöllen auf die Verbrauchsartikel der großen Masse.

6. Gegen jede Neueinführung oder Erhöhung indirekter Steuern auf Verbrauchsartikel der großen Masse.

den Wahlkampf zugunsten der anderen zu dämpfen. In 31 Wahlkreisen, in welchen Sozialdemokraten mit Konservativen oder Zentrums-Kandidaten in die Stichwahl kamen, erklärten sich die Fortschrittler zur Unterstützung der sozialdemokratischen Kandidaten bereit und erlangten dafür, daß die Sozialdemokratie in 16 Wahlkreisen, in welchen sozialdemokratische Kandidaten gegen fortschrittliche in der Stichwahl standen, sich verpflichtete, bis zum Termin der Stichwahlen keine Versammlungen abzuhalten und den Wählern keine Flugblätter zuzusenden. Dieser Schritt wurde denn auch heftig angegriffen; es war jedenfalls ein Novum, daß der Parteivorstand gegen eigene zugunsten bürgerlicher Kandidaten abwiegelte oder doch zurückhielt. Philipp Scheidemann, der sich seiner Aufgabe, das Stichwahlabkommen des Parteivorstandes zu rechtfertigen, mit Geschick und Erfolg entledigte, wies darauf hin, daß der maßgebende Gesichtspunkt für den Abschluß des Abkommens die Notwendigkeit gewesen sei, den „blauschwarzen Block“ (Konservative und Zentrum) zu vernichten, und daß bei Nichteingehen des Abkommens die Gefahr entstanden wäre, daß die Fortschrittler mit den rechtsstehenden Parteien eine Vereinbarung

getroffen hätten. — Vor sieben Jahren noch hatte Scheidemann auf dem Parteitag zu Jena 1905 in der Debatte zum Vorstandsbericht die Kompromißlisten getadelt, welche die Darmstädter und Mainzer Genossen bei den Kommunalwahlen gemeinsam mit bürgerlichen Parteien aufgestellt hatten, und unter lebhaftem Beifall gesagt: „Ich meine, wir halten es mit unserer alten Devise: ‚Durch Kampf zum Sieg', nicht etwa mit einer neuen: ‚Durch Kuhhandel zu Mandaten' " (S. 214). — Fünf Anträge, Nr. 100 bis 103 und 159 (S. 167 resp. 175 des Chemnitzer Protokolls vom Jahre 1912), tadeln das Stichwahlabkommen, nur einer, Nr. 105 (S. 167), billigt das Abkommen ausdrücklich; der Parteitag geht über alle diese Anträge mit großer Mehrheit zur Tagesordnung über (S. 358).

In den Einzellandtagen gehen die Sozialdemokraten, wenn auch durch die Besonderheiten der Wahlgesetze veranlaßt, häufig noch weiter:

Um die Jahreswende 1906/07 fanden in Württemberg Neuwahlen statt. Wo im ersten Wahlgang nicht die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf einen Kandidaten fällt, ist eine Nachwahl erforderlich, bei der die relative Mehrheit entscheidet. Die Sozialdemokratie schloß nach dem Grundsatz des „kleineren Uebels" für den zweiten Wahlgang ein Gegenseitigkeitsabkommen mit der Volkspartei.

In Baden findet, soweit der erste Wahlgang keine Entscheidung gebracht hat, eine engere Wahl zwischen den Kandidaten statt, die mindestens 15 % der abgegebenen Stimmen erhalten haben. Die Sozialdemokratie schloß bei den Landtagswahlen des Jahres 1909 für den zweiten Wahlgang ein Abkommen mit der Volkspartei und den Nationalliberalen auf gegenseitige Wahlhilfe, den sogenannten „Großblock".

In Bayern, wo die relative Mehrheit der abgegebenen Stimmen entscheidet, und nur dann eine Stichwahl stattfindet, wenn kein Kandidat über ein Drittel der abgegebenen Stimmen erhalten hat, schloß die Sozialdemokratie für die Anfang 1912 vorgenommenen Neuwahlen ein Wahlabkommen mit den

Liberalen, dem bayerischen Bauernbund und dem deutschen Bauernbund.

Gegen die Wahlkompromisse, die darauf abzielen, möglichst viele Mandate zu erringen, besteht eine lebhafte Strömung innerhalb der Partei, die es für im Interesse der Parteiziele gefährlich hält, wenn die Gegensätze zur bürgerlichen Welt durch Kompromisse mit bürgerlichen Parteien verwischt werden. Das noch vor 15 Jahren fast allgemein perhorreszierte Streben nach Mandaten ist also inzwischen parteioffiziös geworden.

2. Eintritt in Seniorenkonvent und Präsidium.

Sehr deutlich ist gleichfalls der Umschwung in der Stellung der Partei gegenüber ihrer Vertretung und Mitarbeit im Seniorenkonvent und im Präsidium der parlamentarischen Körperschaften.

Auf dem Parteitag zu Dresden 1903 bringt Vollmar den Widerspruch innerhalb der Partei gegen die Vertretung der Fraktion im Seniorenkonvent des Reichstags vom Jahre 1884 zur Sprache und sagt: „Die älteren Parteigenossen werden sich erinnern, daß sich damals eine gewaltige Bewegung .... erhoben hat gegen die Fraktion, als sie zum ersten Male in den Seniorenkonvent gegangen ist. Ich erinnere an den Frankfurter Protest, worüber förmlich eine Urabstimmung in der Partei stattgefunden hat. In dem Protest war die Teilnahme an dem Seniorenkonvent bezeichnet als tiefe Verletzung des revolutionären Prinzips und Anerkennung erbärmlicher, zu verachtender Regierungsformen; die Teilnahme habe nicht den geringsten Vorteil, sei eine des freien Mannes unwürdige Komödie“ (S. 327). Jetzt betrachtet es jedermann als selbstverständlich, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre Vertreter in den Seniorenkonvent delegiert und sich somit auf die Einteilung des Arbeitspensums und die Festsetzung der Tagesordnung Einfluß sichert.

Die Frage des Eintritts von Parteimitgliedern ins Reichstagspräsidium hat sich in ähnlicher Weise entwickelt:

Auf dem Parteitag zu Breslau 1895 war ein Antrag der Parteigenossen in Halle Nr. 98 eingebracht worden, der verlangte, „daß die Sozialdemokratie diejenige Stellung im Präsidium des Reichtstags beanspruchen solle, die ihr geschäftsordnungsmäßig zustehe“ (S. 20). Ueber diesen Antrag wurde zur Tagesordnung übergegangen (S. 96).

Auf dem Parteitage zu Stuttgart 1898 wurde ein ähnlich lautender Antrag Vieth-Berlin Nr. 80 eingebracht (S. 62). Paul Singer, die anerkannte Autorität in der Beurteilung und Handhabung der Geschäftsordnung im Reichstage und langjähriger Vorsitzender der sozialdemokratischen Parteitage, sprach sich gegen den Antrag wie folgt aus: „Ansprüche nach dieser Richtung haben wir überhaupt nicht erhoben. Ganz abgesehen aber davon, meine ich, — es ist dies aber bloß meine persönliche Auffassung —, daß wir keinen Wert darauf zu legen haben, im Präsidium des Reichstages zu sitzen. Wir sind viel freier, viel unabhängiger, wenn wir außerhalb des Präsidiums sind. .... Heute gilt das Reichstagspräsidium als die Repräsentation des Reichstags, und daß wir keinen Grund haben, uns danach zu sehnen, diesen Reichstag mit zu repräsentieren, das versteht sich von selbst“ (S. 149). Der Antrag Vieth wurde abgelehnt (S. 153).

Im Jahre 1898 hatte Eduard Bernstein unter dem Titel: „Was folgt aus dem Ergebnis der Reichstagswahlen?“ im Juliheft der „Sozialistischen Monatshefte“ S. 479 über den Eintritt eines Sozialdemokraten in das Reichstagspräsidium nach Darlegung des Nutzens einer solchen Vertretung folgende Betrachtungen angestellt: „Aus diesen und anderen Gründen muß sie (die sozialdemokratische Reichstagsfraktion) unseres Erachtens mit aller Entschiedenheit darauf bestehen, daß ihr im Präsidium des Reichstags diejenige Vertretung eingeräumt werde, die ihrer Fraktionsstärke entspricht. Im vorigen Reichstage wurde sie ihr unter Hinweis auf die sogenannten Repräsentationspflichten der Reichstagspräsidenten — die Besuche beim Reichsoberhaupt —, an denen die Sozialdemokratie sich nicht beteiligen

würde, vorenthalten. Es ist aber nicht einzusehen, warum der für das Reichstagspräsidium Regel gewordene Gebrauch, dem Reichsoberhaupt bei gewissen Anlässen einen Besuch abzustatten, für die Sozialdemokratie ein Grund sein soll, den Gegnern einen Vorwand für die Uebergehung der Partei bei der Zusammensetzung des Präsidiums zu liefern." Diese Aeußerungen Bernsteins hatten eine lebhafte Diskussion über die Präsidentenfrage in der Parteipresse zur Folge.

Auf dem Parteitage zu Dresden 1903 kam bei Punkt 4b der Tagesordnung die „Vizepräsidialfrage" zur Sprache. Bebel wendet sich heftig gegen die Bernsteinsche Auffassung und weist die Zumutung eines Hofbesuches bei dem Kaiser, der in der Armee ein brauchbares Werkzeug gegen den inneren Feind erblicke, entrüstet zurück (S. 310). Vollmar stellt in der Diskussion die Frage des Hofbesuches als eine „Formalie" hin, „die ein Prinzip in keiner Weise berührt" (S. 324), und Bernstein verkündet prophetisch: „Wenn Sie jetzt diese Resolution (s. u.) annehmen, so bin ich fest überzeugt: Sobald eine Situation kommt, wo sich herausstellt, daß der Posten eines Vizepräsidenten wirklich von realem Nutzen und Wert für die Partei ist, wird Bebel der erste sein, der die Resolution mit Füßen tritt! Wozu dann aber erst eine solche Resolution fassen? Wir sind doch schon so oft in die Lage gekommen, gegen unsere eigenen Resolutionen handeln zu müssen" (S. 399). Der erste Absatz in der mit 288 gegen 11 Stimmen angenommenen Resolution zur Taktik der Partei hat folgenden Wortlaut:

> Der Parteitag fordert, daß die Fraktion zwar ihren Anspruch geltend macht, die Stelle des ersten Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Reichstage durch Kandidaten aus ihrer Mitte zu besetzen, daß sie es aber ablehnt, höfische Verpflichtungen zu übernehmen oder irgendwelchen Bedingungen sich zu unterwerfen, die nicht durch die Reichsverfassung begründet sind (S. 418).

Die Reichstagswahlen vom Jahre 1907 brachten die sozial-

demokratische Fraktion in der Mitgliederzahl auf die vierte Stelle und brachten dadurch die Präsidentenfrage für fünf Jahre zum Ruhen.

Durch die Reichstagswahlen vom Jahre 1912 wurde die sozialdemokratische Fraktion die stärkste im Reichstag. Der Bericht der Reichstagsfraktion an den Parteitag zu Chemnitz 1912 schildert (S. 100 ff.) ausführlich den Gang der Verhandlungen zwischen der Sozialdemokratie einerseits und dem Zentrum, den Nationalliberalen und Fortschrittlern anderseits. „Die Fraktion beschloß ausdrücklich", so heißt es S. 100, „die Annahme irgendwelcher Verpflichtungen außer den staatsrechtlichen in der Geschäftsordnung begründeten abzulehnen." Auf die ausdrückliche Frage des mit der Sozialdemokratie in der Präsidentschaftsangelegenheit verhandelnden Zentrumsvertreters, wie die Sozialdemokratie sich beim Kaiserhoch verhalten würde, wurde etwas orakelhaft erwidert: „Es würde in dieser Beziehung eine Aenderung in ihrer Haltung nicht eintreten." Am 9. Februar 1912 unterlag zwar der sozialdemokratische Kandidat für den Präsidentenposten, August Bebel, gegen Dr. Peter Spahn, Zentrum, dagegen wurde der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann unter Beihilfe der fortschrittlichen Volkspartei und des größten Teils der Nationalliberalen zum ersten Vizepräsidenten gewählt; zweiter Vizepräsident wurde der Nationalliberale Dr. Hermann Paasche. — Nach wenigen Tagen legten indessen Spahn und Paasche ihre Aemter nieder; an ihre Stelle wurden die Fortschrittler Dr. Johannes Kämpf und Heinrich Dove gewählt. Die Aufforderung an Scheidemann, sich an dem herkömmlichen — wenn auch nicht durch die Geschäftsordnung des Reichstags ausdrücklich vorgeschriebenen — Besuch des Reichstagspräsidiums beim Kaiser zu beteiligen, wurde von diesem abgelehnt; der Kaiser empfing darauf das Rumpfpräsidium nicht. Bei der durch die Geschäftsordnung des Reichstags vorgeschriebenen Neuwahl des Präsidiums nach vier Wochen wurden Kämpf und Dove wiedergewählt und an Stelle

des ersten Vizepräsidenten Scheidemann, Sozialdemokrat, der Nationalliberale Dr. Paasche.

Die Geschäftsordnung des Reichstags sieht im § 13 als Pflicht des Präsidenten (resp. in seiner Vertretung der Vizepräsidenten) „die Vertretung des Reichstags nach außen" vor. Daß hierzu die offiziellen Empfänge bei besonderen Gelegenheiten, sowie die Erledigung von Glückwunsch- und Beileids-Kundgebungen des Reichstags gegenüber deutschen und ausländischen Fürstlichkeiten und Regierungsvertretern, ferner die Ausbringung des den Gefühlen der bürgerlichen Mehrheit im Reichstage entsprechenden Kaiserhochs gehört, kann selbst mit spitzfindiger Dialektik nicht gut geleugnet werden. Wenn also die Sozialdemokratie einem ihrer Vertreter die Uebernahme „der durch die Geschäftsordnung vorgesehenen Verpflichtungen" erlaubte, so hat sie einem Mitgliede die Wahrnehmung der aufgezählten Repräsentationspflichten und damit die formale Anerkenntnis des bestehenden Regimes gestattet.

Auf dem Chemnitzer Parteitage waren augenscheinlich beide Richtungen, die Radikalen und die Revisionisten, recht froh, daß sie nichts anzuklagen und zu verteidigen hatten: Die Radikalen fühlten sich durch die Ablehnung des Hofbesuches und des Kaiserhochs befriedigt, und die Revisionisten konnten auf den ersten ernsthaften Versuch der Partei hinweisen, einen Platz im Präsidium einzunehmen. Diesmal ist die Partei dadurch, daß ihr Vertreter Scheidemann bei der Neuwahl des Präsidiums nicht wiedergewählt wurde, um die definitive Stellungnahme zu den Repräsentationspflichten des Reichstagspräsidiums hinweggekommen, und voraussichtlich bleibt sie für die nächsten fünf Jahre einer solchen Entscheidung überhoben.

In Baden hat die Sozialdemokratie bereits 1905 den zweiten Vizepräsidenten in der Person des Genossen Adolf Geck gestellt. In Baden hat man bereits eine Hofgängerei sozialdemokratischer Fraktionsmitglieder gehabt: Bei der Beerdigung des 1908 verstorbenen Großherzogs Friedrich I. nahmen sozialdemokratische Abgeordnete teil. — In Württemberg beteiligten sich

sozialdemokratische Abgeordnete an einem vom Könige den Mitgliedern des Landtages gegebenen Gabelfrühstück, das mit einem Hoch auf den König schloß. Die betreffenden sozialdemokratischen Abgeordneten erklärten jedoch vor dem Parteitag zu Leipzig 1909, daß ihnen eine monarchische Demonstration ferngelegen habe; daher ist es zu keiner größeren Aktion von Partei wegen gekommen.

3. Die Budgetbewilligungsfrage.

Der stärkste Differenzpunkt zwischen Radikalen und Revisionisten ist die Frage der Budgetbewilligung. Die Auffassung der beiden Gruppen ist kurz folgende:

Die Radikalen erblicken in der Budgetbewilligung nicht nur eine Vertrauenskundgebung gegenüber dem bestehenden Regime, sondern auch einen Akt, der dazu beiträgt, das Dasein der bürgerlichen Gesellschaft künstlich zu verlängern und damit die Durchsetzung des Sozialismus zu verzögern. Sie halten die bedingungslose Opposition für wichtiger als die Ergatterung gewisser verhältnismäßig geringfügiger Gegenwartsvorteile für die arbeitenden Klassen;

die Revisionisten erklären, die Lebensfähigkeit der bürgerlichen Gesellschaft habe mit der Stellungnahme einer sozialdemokratischen Minderheit zum Budget nichts zu tun. Vielmehr würde, falls die Sozialdemokratie ein durch ihre Mitwirkung wesentlich verbessertes Budget zu Falle brächte, mit Hilfe der anderen Parteien ein neues und dann für die Masse des Volkes sicher ungünstigeres ausgearbeitet und bis dahin ohne Budget regiert. Da also de facto nur die Wahl zwischen einem für die Arbeiter erträglichen und einem ungünstigeren Budget bestehe, habe die Partei, die doch das Interesse der Arbeiter wahrzunehmen habe, dem erträglichen Budget zuzustimmen.

Die Haltung der Parteimitglieder zur Budgetfrage wird im großen ganzen durch die Worte „Norddeutsche“ und „Süddeutsche“ gekennzeichnet. Die Ursache für die verschiedene

Haltung der Norddeutschen und der Süddeutschen wird mit Recht auf den Volkscharakter zurückgeführt, und zwar direkt und indirekt: direkt insofern, als die Süddeutschen umgänglicher, konzilianter und lebhafter sind als die Norddeutschen, daher leichter mit Andersgesinnten zusammenarbeiten und nicht leicht dem Prinzip zuliebe spezielle Wünsche und Rücksichten opfern; indirekt insofern, als infolge dieses Charakters die politische Entwicklung liberale, dabei etwas patriarchale Gemeinwesen geschaffen hat, die trotz ihrer monarchischen Spitze einen deutlichen demokratischen Zug tragen. Das Wahl-, Organisations- und Versammlungsrecht ist in Süddeutschland (Bayern, Württemberg, Baden und Hessen) liberaler als in Norddeutschland (Preußen, Sachsen oder gar Mecklenburg), auch fehlen die schroffen Gegensätze zwischen den reichen rheinischen, sächsichen oder schlesischen Bergherrn und Industriellen oder den konservativen Großgrundbesitzern einerseits und den breiten Schichten der Berg-, Industrie- oder Landarbeiter und den Hungerexistenzen der schlesischen und sächsischen Heimarbeiter anderseits.

Die Budgetbewilligungsfrage, die für die drei Hauptstaaten Süddeutschlands (Bayern, Württemberg und Baden) akut geworden ist, und die ihre Landtagsfraktionen vor das Forum der Parteitage geführt hat, soll in den folgenden Ausführungen kurz in ihrer Entwicklung geschildert und in ihrer Beurteilung durch die Gesamtpartei erörtert werden.

Beim Reichsbudget gab es und wird es vorläufig auch keine andere Taktik für die Sozialdemokratie geben können als Ablehnung. Das Budget enthält die Forderungen für Heer, Marine und Kolonien und die Deckung vorwiegend durch Verbrauchsabgaben (indirekte Steuern und Zölle) auf wichtige Massen-Konsumartikel.

Die Budgets der Einzelstaaten dagegen fordern Mittel vorwiegend zur Wahrnehmung der Kultur-, Verkehrs- und Verwaltungsaufgaben und decken den Bedarf überwiegend aus abgestuften Einkommen- und Ertragssteuern.

Die Berichte der Reichstagsfraktion an die Parteitage, die sich sehr ausführlich über den Reichsetat äußern, motivieren die Ablehnung des Budgets teils prinzipiell, teils unter Hinweis auf die den Parteianschauungen strikt widerstreitende Gestaltung:

Der parlamentarische Bericht an den Parteitag zu Frankfurt a. M. 1894 sagt: „Daß die Ablehnung des Gesamtetats für unsere Fraktion eine Pflicht war, bedarf keiner näheren Erörterung, dazu zwangen allein schon die Einnahmequellen, aus denen das Reich diese Riesensummen für Militärzwecke aufbringt“ (S. 48).

Der parlamentarische Bericht an den Parteitag zu Bremen 1904 sagt: „Es erübrigt noch hinzuzufügen, daß die sozialdemokratische Fraktion in der Schlußabstimmung geschlossen gegen das Budget gestimmt hat, um dadurch, wie in den früheren Jahren, zum Ausdruck zu bringen, daß wir diesem Regierungssystem keinen Mann und keinen Groschen bewilligen“ (S. 94).

Aehnlich lautet die Motivierung der Budgetablehnung in jedem Jahr. Immerhin ist bemerkenswert, daß Bebel auf dem Parteitag zu Dresden 1903 in seinem Referat über die Taktik der Partei eine Aeußerung eines Kollegen aus der Reichstagsfraktion (den Namen nennt er nicht) zitierte: „Ja, glaubt ihr denn, daß wir auf die Dauer das Reichsbudget werden verweigern können?“ (S. 317).

Im Jahre 1894 hatte die bayerische Landtagsfraktion für den bayerischen Etat gestimmt. Dem Parteitag zu Frankfurt am Main 1894 wurden drei Anträge vorgelegt: ein Antrag aus Berlin, Halle und Weimar Nr. 70 (nebst Varianten aus Braunschweig und Hanau) verlangte eine prinzipielle Erklärung des Parteitages zu der Budgetbewilligungsfrage, ein Antrag Nr. 113 einer Reihe von süddeutschen Delegierten wollte die Budgetbewilligung zu einer Frage der Zweckmäßigkeit erklärt wissen, eine Resolution Nr. 114 einer Anzahl von norddeutschen Delegierten (unter ihnen auch der Parteivorstand) wollte die Vertreter der Partei in den Landtagen zu prinzipieller Ablehnung des Budgets verpflichten. In der Debatte wurde vom Parteivorstand wiederholt versichert, daß es ihm nicht einfalle,

die bayerischen Genossen zu tadeln (Bebel S. 115 und Auer S. 124). Karl Grillenberger-Nürnberg, der für die bayerischen Budgetbewilliger sprach, drohte mit Ungehorsam, falls die Resolution 114 angenommen würde: „Es wäre besser, von dem Versuch rechtzeitig abzustehen. Wir können uns doch nicht nach dem Beschluß richten und werden es nicht. Es bleibt ein Schlag ins Wasser“ (S. 122). Darauf wurde die Resolution Nr. 114 durch ein Amendement Stadthagen abgeschwächt und schließlich ganz abgelehnt (S. 133/34). Das gleiche Schicksal hatten die Anträge Nr. 70 und 113; die Aktion gegen die bayerischen Budgetbewilliger war also im Sande verlaufen.

Dem Parteitag des nächsten Jahres 1895 zu Breslau lag ein Antrag Teltow-Beeskow Nr. 118 vor, der die sozialdemokratischen Abgeordneten in der Schlußabstimmung zum Etat wenigstens zur Stimmenthaltung verpflichten wollte; der Antrag wurde einstimmig abgelehnt.

Der Parteitag zu Lübeck 1901 brachte eine weitere lebhafte Budgetdebatte. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion Badens hatte einstimmig beschlossen, für das Budget zu stimmen. Fendrich hatte in den „sozialistischen Monatsheften“ das Vorgehen der Fraktion motiviert und die Theorie aufgestellt, man müsse das Budget nach dem Prozentsatz von Gut und Böse beurteilen: „Werde die Budgetverweigerung .... den sozialdemokratischen Abgeordneten zur Pflicht gemacht, dann wird der ganze zweite Teil des Programms zur Phrase, zur Komödie“ (zitiert in der Rede E. Wurms S. 265 f.). In der Debatte führt Bebel zwei Fälle an, in denen die Sozialdemokratie ausnahmsweise genötigt sein könnte, für das Budget zu stimmen: wenn im Falle der Ablehnung ein schlechteres Budget an die Stelle des abgelehnten treten würde, und wenn die Sozialdemokratie in der Mehrheit sei und das Budget nach ihrer Auffassung hätte gestalten können (S. 270). Endlich wird folgende Resolution Bebel Nr. 110 angenommen:

> In Erwägung, daß die Einzelstaaten ebenso wie das Reich den Charakter des Klassenstaates tragen und der

Arbeiterklasse die völlige Gleichberechtigung nicht einräumen, sondern in ihrem Wesen als Organisationen der herrschenden Klassen zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft anzusehen sind,

spricht der Parteitag die Erwartung aus, daß die sozialdemokratischen Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften der Einzelstaaten sich bei ihren Abstimmungen nicht im Widerspruch mit dem Parteiprogramm und den Grundsätzen des proletarischen Klassenkampfes setzen und insbesondere das Gesamtbudget normalerweise ablehnen.

Eine Zustimmung zu dem Budget kann nur ausnahmsweise aus zwingenden, in besonderen Verhältnissen liegenden Gründen gegeben werden (S. 110).

Ein Antrag Singer auf Streichung des letzten Absatzes wurde abgelehnt. Auf diesen letzten Satz der Lübecker Resolution haben sich denn auch die Budgetbewilliger des Jahres 1908 berufen.

Die Resolution über die Taktik der Partei, welche auf dem Parteitage zu Dresden 1903 angenommen wurde, enthält folgenden Passus über die Budgetbewilligung:

Der Parteitag .... erklärt:

1. daß die Partei die Verantwortung ablehnt für die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden politischen und wirtschaftlichen Zustände und daß sie deshalb jede Bewilligung von Mitteln verweigert, welche geeignet sind, die herrschende Klasse an der Regierung zu erhalten (S. 418).

Der Parteitag zu Nürnberg 1908 hatte die Frage der Budgetbewilligung als besonderen Punkt auf die Tagesordnung im Anschluß an Punkt 3: „Parlamentarischer Bericht“ gesetzt; Bebel hatte das Referat übernommen. Im August 1907 hatten die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion in Württemberg, im August 1908 die Fraktionen in Baden und Bayern für das Budget gestimmt und besonders in norddeutschen Partei-

kreisen heftigen Widerspruch und den Vorwurf des Disziplinbruches hervorgerufen. Nicht weniger als 16 Anträge an den Nürnberger Parteitag nahmen zu der Budgetbewilligung Stellung: Nr. 74—85 (S. 180—182) und Nr. 134—137 (S. 190 und 191), die mit Ausnahme von drei die Haltung der süddeutschen Fraktionen mehr oder weniger scharf verurteilten. Außerdem hatten der Parteivorstand und die Kontrollkommission die Resolution Nr. 126 (S. 189) formuliert und zur Beschlußfassung gestellt.

Die badische Landtagsfraktion hatte seinerzeit ihre Haltung durch Dr. Ludwig Frank-Mannheim damit rechtfertigen lassen, „daß für die kommende Budgetperiode verhältnismäßig erhebliche Beträge zur Erhöhung der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne angefordert werden. Nachdem die sozialdemokratische Fraktion am Zustandekommen der Beamtengesetze nach besten Kräften mitgearbeitet hat, hält sies ich für verpflichtet, mitzuwirken an der Beschaffung der Mittel, die zur Ausführung dieser Gesetze notwendig sind. Nur aus diesem Grunde hat die Fraktion es unterlassen, ihr Mißtrauen gegen die Regierung durch Ablehnung des Gesamtetats zum Ausdruck zu bringen“ (zitiert in Bebels Referat S. 287).

Die bayerische Fraktion hatte erklärt: „Das vorliegende Budget enthält außer den Mitteln zur Erfüllung einer größeren Anzahl von Kulturaufgaben, u. a. für den so wichtigen Ausbau unserer Wasserkräfte und die Elektrisierung von Eisenbahnstrecken auch erhebliche Beträge für die Aufbesserung der Arbeiter in Staatsbetrieben, der Lehrer und Beamten. Wenn nun auch diese Aufbesserungen in zahlreichen Einzelheiten nicht genügen können, so erblicken wir doch in ihrer Gesamtheit einen Fortschritt und haben ihnen deshalb zugestimmt“ (zitiert in Bebels Referat S. 291).

Die badischen Genossen verteidigten in Nürnberg ihre Haltung durch Dr. Frank-Mannheim, die bayerischen durch Johannes Timm-München (der vor einer Reihe von Jahren in Berlin einer der radikalsten Vertreter der Partei gewesen war).

Die Württemberger, die übrigens weniger angegriffen waren, da ihre Budgetbewilligung inzwischen verjährt war, schickten Karl Hildenbrand-Stuttgart vor. Außer diesen Vertretern der Budgetfreundlichen Mehrheit in den süddeutschen Landtagen kam je ein Vertreter der Budget-gegnerischen Minderheit zum Wort. Die Argumentation brachte beiderseits wenig Neues und variierte in der Hauptsache die Ideen des Revisionismus und seiner Gegnerschaft.

In namentlicher Abstimmung wurde die vermittelnde Resolution Frohme-Hamburg Nr. 134, die eine Zustimmung der Landtagsfraktionen zum Budget von der Genehmigung ihrer Landesvorstände und des Parteivorstandes abhängig machen wollte, mit 216 gegen 160 Stimmen abgelehnt (S. 423/24). Schließlich wurde gleichfalls in namentlicher Abstimmung die Vorstandsresolution Nr. 126 mit 256 gegen 119 Stimmen angenommen (S. 424/25). Diese Resolution bestätigt zunächst die Resolutionen von Lübeck 1901 und Dresden 1903 und fährt dann wie folgt fort:

> Als notwendige Folge dieser grundsätzlichen Auffassung und angesichts der Tatsache, daß die Gesamtabstimmung über das Budget als Vertrauensvotum für die Regierung aufgefaßt werden muß, ist jeder gegnerischen Regierung das Staatsbudget bei der Gesamtabstimmung zu verweigern, es sei denn, daß die Ablehnung desselben durch unsere Genossen die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets zur Folge haben würde.
>
> Die Bewilligung des Budgets in den Landtagen von Württemberg, Baden und Bayern ist daher unvereinbar mit den Resolutionen von Lübeck und Dresden.
>
> Die grundsätzliche Verweigerung des Budgets entspricht vollkommen der Klassenlage der besitzlosen Volksmassen, die eine unversöhnliche Opposition gegen die bestehende dem Kapitalismus dienende Staatsgewalt notwendig macht.

Die arbeitenden Klassen immer wieder nachdrücklich darüber aufzuklären, ist eine unerläßliche Aufgabe unserer agitatorischen Arbeit.'

Darauf gab Segitz-Nürnberg folgende Erklärung von 66 süddeutschen Delegierten zu Protokoll:

> Die unterzeichneten Parteimitglieder erklären: Wir erkennen dem deutschen Parteitag als der legitimen Vertretung der Gesamtpartei die oberste Entscheidung zu in allen prinzipiellen und in den taktischen Angelegenheiten, die das ganze Reich berühren. Wir sind aber auch der Ansicht, daß in allen speziellen Angelegenheiten der Landespolitik die Landesorganisation die geeignete und zuständige Instanz ist, die auf dem Boden des gemeinsamen Programms den Gang der Landespolitik nach den besonderen Verhältnissen selbständig zu bestimmen hat, und daß die jeweilige Entscheidung über die Budgetabstimmung dem pflichtgemäßen Ermessen der ihrer Landesorganisation verantwortlichen Landtagsfraktion vorbehalten bleiben muß (S. 426).

Hierin kommt deutlich zum Ausdruck, daß die Süddeutschen, die ihre Anschauungen über die Budgetbewilligung in der Gesamtpartei nicht durchsetzen konnten, weit entfernt sind sich zu fügen und durch eine Kompetenzverschiebung sich freie Hand verschaffen wollen.

Schon zwei Jahre später auf dem Parteitage zu Magdeburg 1910 gab es eine neue heftige Budgetdebatte. Die badische Landtagsfraktion hatte dem Budget zugestimmt, und der Parteivorstand hatte daraufhin die Budgetfrage als Punkt 2a auf die Tagesordnung gesetzt und Bebel zum Referenten ernannt. Man hört es Bebel an, wie er über den „wiederholten Disziplinbruch" und über den „Bruch grundsätzlicher Festlegungen der Partei" erbittert ist (S. 239), aber dennoch vermeidet er alle Schärfe in der Form. Dr. Frank, der als Vertreter der badischen Fraktion das Korreferat übernommen hatte, schilderte ausführlich die Geschichte der letzten Budgetbewilligung: wie die

Fraktion lange entschlossen gewesen sei, für das Budget zu stimmen, dann durch eine Aeußerung des badischen Ministerpräsidenten von Bodmann, für gewisse öffentliche Aemter seien Sozialdemokraten ungeeignet, kurze Zeit für Verwerfung des Budgets gewesen sei, und endlich nach einer Erklärung Bodmanns, der die Sozialdemokratie „eine großartige Bewegung" nannte, den protestlerischen Standpunkt wiederaufgegeben und das Budget angenommen habe. Bemerkenswert ist, was Frank in bezug auf die kurze Episode, in der die Fraktion gegen die Bodmannsche Disqualifizierung der Sozialdemokraten durch die Ablehnung des Budgets protestieren wollte, über die Empfindungen in der badischen Fraktion mitteilt: „Ich will nicht verschweigen, daß es sicherlich mehr als einen in der Fraktion gegeben hat, der bei aller Entrüstung über das Wort Bodmanns vielleicht im stillen Kämmerlein aufgeatmet und zu sich gesagt hat: ‚Wie froh bin ich, daß er das gesagt hat'. Mancher mag gedacht haben, wie beneide ich die Bayern, daß sie in erbärmlichen politischen Verhältnissen leben, weil sie eine anständige Ausrede haben, das Budget abzulehnen. Dieses Empfinden hat der eine oder andere nach meiner Kenntnis gehabt. Aber es ist tief bedauerlich, daß durch Ihre Beschlüsse bei manchen Genossen die Vernunft direkt auf den Kopf gestellt ist. Statt daß sie sich entrüsten, wenn wir irgendwo als minderen Rechtes behandelt werden, freuen sie sich darüber, weil wenigstens dann der Konflikt mit der Partei vermieden wird" (S. 270). Kolb wendet sich in der Debatte gegen die Budget-gegnerischen Norddeutschen und sagt: „Ob Ihr 6 (Abgeordneten im preußischen Landtag) für oder gegen das Budget stimmt, das hat gar keinen Wert. In Baden aber liegt die Sache so, daß in dem Augenblick, wo wir die Regierung zwingen, sich in Abhängigkeit vom Zentrum zu begeben, wir uns selbst politisch ausgeschaltet hätten und den Erfolg von zwei Wahlfeldzügen zunicht gemacht hätten" (S. 296). In der Abstimmung über die Resolution Nr. 90 des Parteivorstandes und der Kontrollkommission (S. 177/78) wird der grundlegende erste Absatz, der die

Resolutionen von Lübeck (1901), Dresden (1903) und Nürnberg (1908) bestätigt und die grundsätzliche Ablehnung des Budgets fordert, in namentlicher Abstimmung mit 266 gegen 106 Stimmen angenommen (S. 373/74), ebenso mit 301 gegen 71 Stimmen die übrigen Absätze der Resolution, die der badischen Fraktion die „allerschärfste Mißbilligung" aussprechen, und schließlich auch die Gesamtresolution mit 289 gegen 80 Stimmen (S. 275/76). Ein von 214 Delegierten unterzeichneter Zusatzantrag Zubeil Nr. 93 (S. 179/80), der erklärt, „daß diejenigen Parteigenossen, die dieser Resolution zuwiderhandeln, sich damit ohne weiteres außerhalb der Partei stellen", wird auf dringendes Anraten Bebels zurückgezogen (S. 360); dafür erklärt Bebel im Namen des Parteivorstandes: „Wir sind der Meinung, daß, falls die Resolution des Parteivorstandes angenommen wird, und abermals eine Mißachtung dieser Resolution vorkommt, alsdann die Voraussetzungen des Ausschlußverfahrens gemäß § 23 des Organisationsstatuts gegeben sind" (S. 359). — Frank gibt in seinem Schlußwort namens der süddeutschen Delegierten folgende Erklärung ab: „Aber keiner von Ihnen kann uns heute erklären, was geschehen wird in den Budgetabstimmungen der nächsten Jahre, das ist eine Frage der Verhältnisse" (S. 367).

In der Budgetfrage stehen sich also die Ansichten schroff gegenüber: die Süddeutschen erklärten, sich in ihrer Haltung zum Budget nach den „Verhältnissen" zu richten, die Mehrheit erklärte eine abermalige Budgetannahme für einen Grund zur Einleitung eines Ausschlußverfahrens. Im § 26 des Organisationsstatuts (1910 war es § 23) heißt es über den Ausschluß aus der Partei u. a.: „Der Ausschluß darf nur von einer Parteiorganisation (Orts- oder Wahlkreisorganisation) .... beantragt werden", und weiter im § 27 (§ 24) über das gegen den Entscheid des Bezirks- oder Landesvorstandes appellable Schiedsgericht: „Das Schiedsgericht besteht aus sieben Personen, den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand. Je drei Beisitzer wählt der Angeschuldigte und die antragstellende Organisation, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Bezirksverbandes

zu beschränken ist, dem der Angeschuldigte angehört.“ Falls es also zu einem Schiedsgericht gegen Budgetbewilliger kommen sollte, so wäre ihr Ausschluß aus der Partei ziemlich gewiß, denn da die 6 Beisitzer voraussichtlich zu je drei für und gegen den Angeschuldigten stimmen würden, würde der vom Vorstand zu ernennende — also wohl gleich dem Vorstand Budgetgegnerische — Vorsitzende des Schiedsgerichts den Ausschlag geben. In praxi würde sich wohl kaum eine süddeutsche Organisation bereitfinden, gegen eines ihrer Mitglieder wegen der Budgetannahme im Landtage den Ausschluß zu beantragen. Es bliebe also, falls sich die Budgetbewilligung wiederholen sollte, die eine Möglichkeit, den Ausschluß der Bewilliger zu vermeiden, nämlich daß das Organisationsstatut keine Handhabe bietet, ein frondierendes Parteimitglied unabhängig von seiner Bezirks- oder Ortsorganisation vor ein Schiedsgericht zu stellen. Da würde es heißen, wo kein Kläger, da ist auch kein Richter. Immerhin würde ein Verschanzen hinter die formale Unmöglichkeit eines Ausschlußverfahrens einer Kapitulation des Vorstandes und der Mehrheit recht ähnlich sehen.

III.

Demokratische und sozialpolitische Wünsche

Recht schwierig gestaltete sich die Haltung der Partei, wo es galt, bei Gesetzesvorlagen zwischen Volksrechten und sozialen Reformen zu wählen. Das Erfurter Programm der sozialdemokratischen Partei fordert in seinem praktischen Teil eine Reihe von politischen Rechten und Sicherheiten und weiter eine Anzahl sozialer Reformen zum Schutze der Arbeiterklasse. Natürlich ist die Erreichung beider Gruppen von „nächsten Zielen" gleichzeitig und in gleichem Grade nicht möglich. Vielmehr verlangt oft die Rücksicht auf die eine Gruppe von Zielen die Zustimmung zu einer Gesetzesvorlage, während die Rücksicht auf die andere die Zustimmung ausschließt. Hierzu kommt noch, daß die demokratischen und sozialpolitischen Wirkungen der einzelnen Gesetzesvorlagen auch nicht annähernd genau vorher einzuschätzen sind. Dies gilt schon für die im Text des Gesetzes liegenden und dort restlos dargelegten Bestimmungen, aber in noch viel höherem Grade für die von der Anwendung und Handhabung der Gesetze abhängigen Faktoren. Das Verständnis der in der Kranken- und Unfall-Versicherung versicherten Arbeiter für die darin gebotene Fürsorge z. B. ist nicht von vornherein gleichmäßig rege und entwickelt sich erst allmählich; auch dauert es einige Zeit, bis die Bestimmungen richtig ausgelegt und den Interessenten geläufig geworden sind. Aus diesen Gründen kann die Wirkung solcher Gesetze selbst nach einer gewissen Zeit noch nicht recht gewürdigt werden, geschweige denn vorher. Was sind nicht alles für Bedenken

volksethischer, prinzipieller und finanzieller Art gegen die soziale Gesetzgebung laut geworden, die erst durch lange Wirksamkeit der Gesetze widerlegt worden sind. Ist es also schon schwer, den materiellen Inhalt eines Gesetzes für die Praxis ungefähr richtig auszulegen und zu beurteilen, so ist dies noch viel schwieriger mit den Ausführungsbestimmungen, wo mit einem vorhandenen oder gar einem neu zu schaffenden bureaukratischen Verwaltungsapparat gerechnet werden muß. Da kann man nur das nötige Vertrauen zu den Verwaltungsorganen haben oder nicht haben, viel beweisen läßt sich da a priori nicht. In diesem Punkte: Vertrauen in die loyale und konsequente Durchführung inhaltlich vielleicht annehmbarer Gesetze ist die Sozialdemokratie stets von unerschütterlichem Mißtrauen und Pessimismus gewesen. Handelt es sich z. B. um die Verwaltung einer Kasse durch Regierungsorgane, um ein Aufsichtsrecht der Behörde, um irgendwie geartete Befugnisse von Amtspersonen, so wittert die Sozialdemokratie ein Attentat auf die persönliche Freiheit, das Organisations- oder Versammlungsrecht, einen Keim zu einer planmäßigen Volksentrechtung und tritt in die Opposition. Die Sozialdemokratie steht unter der Fiktion, als ob die Regierung als Organ der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft nur darüber sinne, wie sie die Arbeiter chikanieren und den Ausbeutern wehrlos preisgeben könne. Es ist ganz umsonst, Bestimmungen solcher Gesetze gegen die sozialdemokratische Opposition zu verteidigen, weil das Vertrauen auf den ernsten guten Willen der ausführenden Organe sich nicht ausschalten läßt, und die Sozialdemokratie dies Vertrauen in den ernsten guten Willen eben nicht besitzt. Dabei soll gar nicht geleugnet werden, daß hier und da berechtigte Klagen erhoben werden; die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bringt alljährlich solche Klagen von der Tribüne des Reichstages aus zur Sprache; aber ein schlüssiger Beweis für die Minderwertigkeit der Gesetze an sich wird dadurch keineswegs erbracht. Da die Opposition das eigentliche Element der Sozialdemokratie ist, hat sie gern wirkliche oder vermeint-

liche Gefahren für die staatsbürgerliche Freiheit der Massen vorgeschützt, um eine Gesetzesvorlage, die unleugbare materielle Vorteile für die unteren Klassen enthielt, abzulehnen: die Sozialdemokratie hat die Abwehr staatsbürgerlicher Beschränkungen für wichtiger gehalten als die Erringung materieller Gegenwartsvorteile.

Noch ein weiteres Motiv hat die Sozialdemokratie für die Ablehnung von Sozialgesetzen: den Einwand, daß diese zu wenig bieten, daß eine ungenügende Fürsorge schlechter sei als gar keine und daß durch Annahme einer ungenügenden Reform die Erringung einer umfangreicheren in absehbarer Zeit ausgeschlossen werde. Natürlich macht eine solche Deduktion Eindruck auf den einfachen Mann, aber nur, solange der „winzige Fortschritt" nicht durch die ablehnende Haltung der Partei überhaupt hintertrieben wird. Das Argument der Unzureichentheit kann sich die sozialdemokratische Fraktion nur solange leisten, wie trotz ihrer Opposition die Annahme des Gesetzes gesichert ist. Diese Haltung hat den Vorteil für die Partei, daß sie für Mängel, die sich nachträglich in dem Gesetze herausstellen, nicht mitverantwortlich ist, daß sie den bürgerlichen Parteien Lauheit und Halbheit in der Vertretung der Arbeiterinteressen vorwerfen kann und damit ein wirksames Agitationsmittel in Händen hat. Wenn dagegen die Sozialdemokratie einem solchen unvollkommenen Gesetze hat zustimmen müssen, nur um es überhaupt zu retten und nicht das Odium des Zufallebringens auf sich zu laden, so erweckt sie den Anschein, als begnüge sie sich mit Wenigem, und büßt dadurch etwas an dem von ihr sorgfältig kultivierten Nimbus ein, der fortwährende Antrieb zu allen sozialen Fortschritten zu sein. Aber noch eine weitere taktische Erwägung legt es der Sozialdemokratie nahe, soziale Gesetze abzulehnen: Wenn sie ein Gesetz annimmt, so muß sie zur Motivierung ihrer Zustimmung Vorzüge dieses Gesetzes anführen und gegenüber den Nachteilen hervorheben; damit gibt sie indirekt eine nützliche Fürsorgetätigkeit der Regierung für die unteren Klassen zu, was ihrer Stellung als prinzipieller Opposi-

tionspartei schadet. Eine ablehnende Haltung dagegen gestattet ihr, die ganze Reihe der unerfüllten Wünsche aufzuzählen und sich als die einzige arbeiterfreundliche Partei zu gerieren.

Die Sozialdemokratie war im Reichstage bisher, d. h. bis 1911, in ihrer meist ablehnenden Haltung gegen die soziale Gesetzgebung eine unzweifelhafte Minderheit: die meisten Liberalen, das Zentrum und ein großer Teil der Konservativen bildeten eine sichere Mehrheit für alle Vorlagen, die eine Verbesserung und Erweiterung der sozialen Fürsorge verhießen. In der letzten Zeit hat sich aber eine gewisse sozialpolitische Müdigkeit bei Konservativen und auf dem rechten Flügel der Nationalliberalen eingestellt, und der sozialpolitische Elan im Reiche hat merklich nachgelassen: Die Herabsetzung des rentenfähigen Alters von 70 auf 65 Jahre und die Einführung der Witwen- und Waisenversicherung (1902 für spätestens 1910 versprochen!) sind Zusicherungen, die bisher uneingelöst geblieben sind. Die 111 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten würden möglicherweise den Ausschlag geben, wenn solche Gesetze jetzt dem Reichstag vorgelegt würden, und würden nicht leicht wegen wirklicher oder vermeintlicher Nachteile für die politische Freiheit der Arbeiter gegen solche Gesetze stimmen können. Die große Zahl der parlamentarischen Vertreter, auf die der Parteivorstand bei den letzten Reichstagswahlen so zielbewußt hingearbeitet hat, ist zwar geeignet, die Macht der Sozialdemokratie nach außen hin in hellem Lichte erscheinen zu lassen, besitzt mithin eine beträchtliche Werbekraft, — kompliziert jedoch die Stellungnahme der Partei in den sozialpolitischen Fragen ungemein. Da ist es doch sehr fraglich, ob es für die Herbeiführung der sozialistischen Zukunft auch nur ungefährlich ist, wenn der parlamentarische Einfluß der Partei stärker ist als ihre zuverlässige Anhängerschaft. Ein weiterer Widerspruch geht hieraus hervor: Die sozialistische Lehre erklärt die sozialen Reformen, die im Gegenwartsstaat allenfalls erreichbar seien, für geringfügig und nur im Interesse der Kräftigung der Arbeiterklasse zum Kampfe um das Endziel für er-

strebenswert. Da ist nicht recht einzusehen, warum für Zwecke von untergeordneter Bedeutung — wie nach sozialistischer Anschauung die Gegenwartsarbeit in den Parlamenten — ein solch großer Apparat aufgeboten werden und die Mehrzahl der Führer in Kommissionen und Plenarsitzungen intensiv mitarbeiten sollen, wo man doch die von der Reichstagstribüne aus mögliche Propaganda der sozialistischen Ideen auch von beträchtlich weniger Männern ausreichend durchführen könnte, und für den Rest die Werbearbeit im Lande viel lohnender sein würde. In der sozialdemokratischen — wie in jeder Parteigefolgschaft — herrscht weit verbreitet die Vorstellung, die praktischen Erfolge müßten mindestens im gleichen Verhältnis wie die Zahl der Mandate steigen. Entspricht die Fraktion diesen Erwartungen, so verschafft sie den sozialen Reformen erhöhten Nachdruck und rückt das Endziel in den Hintergrund.

Ich will einige charakteristische Beispiele aufzählen, wie die Sozialdemokratie ihre Haltung zu wichtigen sozialpolitischen Gesetzen oder Novellen motiviert hat:

Auf dem Parteitag zu Halle 1890 erläutert Paul Singer in seinem Referat zum parlamentarischen Bericht die Haltung der Fraktion gegenüber dem Alters- und Invaliditätsgesetz wie folgt: „Wir haben gegen das Gesetz gestimmt, weil es uns zu wenig für die Arbeiter geboten hat. Das Bettelgeld, welches in Form einer Rente den durch Alter und Invalidität erwerbsunfähig gewordenen Arbeitern gegeben wird, meinten wir, hätte Deutschland sich schämen sollen, der Arbeiterklasse anzubieten“ (S. 86).

Auf dem Parteitag zu Erfurt 1891 erklärte Molkenbuhr im Referat zum parlamentarischen Bericht: „Ferner lehnten wir in der Schlußabstimmung auch das sogenannte Arbeiterschutzgesetz ab, weil wir dem gebotenen Vorteil gegenüber die im Bußparagraphen und in anderen Bestimmungen enthaltenen Nachteile für den Arbeiter als so schwerwiegend ansahen, daß wir es mit unserer Stellung als Arbeitervertreter nicht vereinbar hielten, unsere Zustimmung zu geben“ (S. 156).

Die Annahme der Invalidengesetznovelle 1899 wird von

der Reichstagsfraktion im Bericht an den Parteitag zu Hannover 1899 wie folgt motiviert: „Für unsere Stellung zu der ganzen Novelle war die Sachlage eine ganz andere als damals, als es sich um die Frage handelte, ob überhaupt eine Invaliden- und Altersversicherung eingerichtet werden soll oder nicht. Damals wogen unsere Parteigenossen ab: welche Belastung bringt die neue Einrichtung den Arbeitern und welchen Nutzen? Da uns die Belastung bedeutend größer erschien als der Nutzen, ... so mußten wir gegen das Gesetz stimmen. Jetzt aber besteht die Invalidenversicherung und ihre Beseitigung kommt gar nicht in Betracht. Es fragte sich daher jetzt nur, ob durch die beschlossenen Aenderungen die Verhältnisse für die Arbeiter verbessert oder verschlechtert werden? Unsere Fraktion war der Ansicht, daß die Verbesserungen von größerer Bedeutung sind als die Verschlechterungen. Infolgedessen stimmten wir für die Novelle“ (S. 52).

1900 nahm die Fraktion die Novelle zur Gewerbeordnung an. Im Bericht an den Parteitag zu Mainz 1900 heißt es darüber: „Wenngleich unsere Forderungen und Anträge — abgesehen von wenigen Ausnahmen — keine Annahme fanden, so ist doch nicht zu verkennen, daß die Novelle gegenüber dem bisherigen Zustande manche Verbesserung enthält, sowohl durch die Vorlage als durch die Kommissionsberatungen“ (S. 54).

1902 stimmte die Fraktion gegen die Seemannsordnung. Im Bericht an den Parteitag zu München 1902 wird diese Haltung wie folgt begründet: „Angesichts der geringfügigen Verbesserungen, die die Vorlage brachte, vor allem aber der Art, wie die Mehrheit unsere wichtigsten Anträge niederstimmte, votierte unsere Fraktion in der Schlußabstimmung gegen das Gesetz mit Nein“ (S. 58).

1903 lehnte die Fraktion die Krankenversicherungsnovelle ab. Der Bericht an den Dresdener Parteitag 1903 sagt dazu folgendes: „Wenngleich die schlimmsten Giftzähne der Vorlage ausgebrochen waren, so enthält das Gesetz doch noch völlig unberechtigte Beschränkungen in der Selbstverwaltung ....,

das Gesetz ermöglicht ferner eine Belastung der Versicherten, die in keinem Verhältnis zu den Vorteilen steht, die ein Teil der Vorschriften des Gesetzes enthält; endlich lehnt das Gesetz es ab, allseitig als im Interesse der Gesamtheit und der Arbeiterklasse als dringlich erkannte und durchführbare Forderungen zu erfüllen: aus diesen Gründen stimmte die Fraktion in der Gesamtabstimmung gegen das Gesetz" (S. 106).

1904 lehnte die Fraktion das Gesetz über die Kaufmannsgerichte ab. Der Bericht an den Bremer Parteitag 1904 motiviert die Haltung der Fraktion damit, daß das aktive Wahlrecht zum Richterkollegium auf 25 statt auf 21 Jahre, das passive Wahlrecht auf 30 statt auf 25 Jahre festgesetzt wurde und die Frauen nicht wahlberechtigt sein sollten (S. 95). Einen Antrag, der das Verhalten der Fraktion tadelte, fertigte der Berichterstatter Georg Ledebour wie folgt ab: „Wir können uns nicht so schematisch an die Vorschrift binden, jedes Gesetz anzunehmen, das einen kleinen sozialpolitischen Fortschritt enthält. .... Wir müssen immer nach der Situation entscheiden, sonst wird die Fraktion eine Jasagemaschine für alle sozialpolitischen Reformisteleien (sehr richtig!)" (S. 205).

1909 stimmte die Fraktion für das Gesetz betreffend Regelung der Frauenarbeit. Der Bericht an den Leipziger Parteitag 1909 bemerkt hierzu: „Die Sozialdemokratie stimmte in dritter Lesung für das Gesetz, da es immerhin einen Fortschritt gegenüber dem gegenwärtigen Zustand bedeutet" (S. 160).

Jedenfalls stimmt nach dem Vorhergehenden nicht, was der parlamentarische Bericht an den Chemnitzer Parteitag von 1912 ausführt: „Niemals habe die Sozialdemokratie ein Gesetz abgelehnt, weil es nicht die Erfüllung aller ihrer Forderungen brachte, sondern sie hat nur diejenigen Arbeiterschutzgesetze und Arbeiterversicherungsgesetze verworfen, die gleichzeitig Verschlechterungen gebracht haben. Sie werde sich hüten, für das Linsengericht einer kleinen Verbesserung einen großen Sack von Verschlechterungen in den Kauf zu nehmen" (S. 134).

Es hat nicht an Forderungen innerhalb der Partei gefehlt,

daß die Fraktion jedem sozialen Fortschritt zustimmen sollte: Auf dem Parteitag zu Bremen 1904 erklärt Körsten-Berlin: „Mir wäre lieber, wenn die Sozialdemokratie für die soziale Gesetzgebung überhaupt stimmen würde“ (S. 209); auf dem Parteitage zu Essen 1907 sprach ein Antrag Fürth Nr. 42 (der allerdings zurückgezogen wurde) aus: „Der Parteitag beschließt, daß in Zukunft bei Abstimmungen über soziale Gesetze, auch wenn sie unsere Forderungen nicht voll bewilligen, die Fraktion ihre Zustimmung gibt“ (S. 166).

Eine weitere Schwierigkeit hat der Sozialdemokratie die Beantwortung folgender Frage gemacht: Hat die Fraktion die Deckungsvorlage für den sozialistischen Prinzipien zuwiderlaufende, aber bereits von der bürgerlichen Mehrheit genehmigte Zwecke unbesehen abzulehnen, oder ist an solche Vorlagen der Maßstab der praktischen Forderungen des Programms anzulegen?

1894 hieß es auf dem Parteitage zu Frankfurt a. M.: „Gegen die Erhöhung der Börsensteuer hätten wir nichts einzuwenden, wenn ihr gegenüber eine Entlastung der indirekten Steuerzahler stattfände und ihr Erträgnis nicht für Zwecke des Militarismus verwendet würde. Angesichts des Zweckes der Börsensteuer mußten wir gegen dieselbe stimmen ....“ (S. 55).

1909 auf dem Parteitage zu Leipzig erklärt Singer in der Debatte zum parlamentarischen Bericht: „Würde die Erbschaftssteuer zur dritten Lesung gekommen sein, dann würde ich zu denen gehört haben, die in der Fraktion für die Ablehnung plädierten (bravo! und: hört! hört!). Es wird hier immer gesagt: Die Partei vertritt die Forderung direkter Steuern. Sicher ist das richtig, aber das kann doch nicht so verstanden werden, daß wir nun direkte Steuern auch für Zwecke, die wir an sich nicht billigen, die wir als kulturwidrig, volks- und arbeiterfeindlich bekämpfen, bewilligen müssen, und es kann damit auch nicht gesagt sein, daß wir unbekümmert um jede Situation nur deswegen, weil es sich um eine direkte Steuer handelt, uns für eine solche Steuer zu erklären haben“ (S. 332).

1912 auf dem Chemnitzer Parteitage verlas der Referent zum Bericht der Reichstagsfraktion, Arthur Stadthagen, eine in der Reichstagskommission abgegebene Erklärung der Fraktion: „Wir Sozialdemokraten bewilligen für den Militarismus, so auch für die jetzige Heeres- und Flottenvorlage keinen Mann und keinen Groschen. Wenn wir aber, wie in der gegenwärtigen Situation, erreichen können, daß eine indirekte Steuer durch eine direkte ersetzt werden kann, so sind wir bereit, für eine solche direkte Steuer, z. B. die Erbschaftssteuer, zu stimmen" (S. 373).

1913 bei der Deckungsvorlage für die große Heeresvermehrung hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auch für die Vermögensabgabe und die Vermögenszuwachssteuer gestimmt.

IV.

Die propagandistischen Elemente und die Gefolgschaft der Partei.

Der Schlüssel zur Haltung der sozialdemokratischen Partei in den verschiedenen Fragen liegt weniger auf ideologischem als auf teleologischem Gebiete. Solange die Partei eine kleine Schar begeisterter Revolutionäre war, konnte sie sich in das Reich des sozialistischen Zukunftsstaates einspinnen. Die Ausmalung des Endziels entschädigte für die Misere der Gegenwart: Der Sozialismus war eine Sekte mit all der Begeisterung und all der Unduldsamkeit, die wir bei religiösen Sekten kennen. Die Zeit der Leiden unter dem Sozialistengesetze hatte die unlauteren und schwächlicheren Elemente fortgefegt und einen Stamm hervorragender, treuer Kämpfer für die Ideen des Sozialismus übriggelassen. Aber auch darin ähnelte die Sozialdemokratie einer religiösen Sekte: sie besaß den Bekehrungsdrang einer solchen und erfuhr jetzt das gleiche Schicksal: sie mußte die neue Anhängerschaft fesseln. Da die sozialdemokratischen Führer ihren neuen Mitgliedern keine belangreichen Erfolge im Gegenwartsstaate in Aussicht stellen wollten, wurden sie dazu verleitet, das erträumte Endziel in näherer Nähe zu sehen, als sie nach ihrer geschichtlichen Erfahrung hätten für möglich halten sollen. Klassisch hierfür ist der Ausspruch Bebels 1891 auf dem Parteitage zu Erfurt: „Ja, ich bin überzeugt, die Verwirklichung unserer letzten Ziele ist so nahe, daß wenige in diesem Saale sind, die diese Tage nicht erleben werden“ (S. 172). Als diese Vorhersage ebenso wie die Prophezeiungen von Marx

und Engels sich immer und immer nicht erfüllen wollten, als man sah, daß die Situation sich viel langsamer zuspitzte, als selbst gemäßigte Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung erwarteten, spaltete sich die Anhängerschaft in zwei Lager: Der eine Teil glaubte, die Massen durch steten Hinweis auf das — wenn auch nicht unmittelbar bevorstehende — Endziel gewinnen und in Begeisterung erhalten zu können, der andere Teil glaubte, ihr Gegenwartsvorteile bieten zu müssen. Die Entwicklung ging dahin, daß auch die ersteren, die Schwärmer für das Endziel, sich zur Gegenwartsarbeit entschlossen und dann zur Rechtfertigung ihrer prinzipiellen Stellung zu der gequälten Lehre von der Kräftigung der Massen für den entscheidenden Kampf um's Endziel gelangten. Die anderen, die „Opportunisten", zogen aus der Ueberzeugung, daß die Masse an sich meist dumpf und schwunglos sei, die weitere Konsequenz, die praktische Gegenwartsarbeit als die vornehmlichste Aufgabe der Partei und als Mittel zur allmählichen organischen Anbahnung des Endziels hinzustellen. Ich bin geneigt, den Dualismus innerhalb der Partei, der schon seit 20 Jahren deutlich hervortritt, deshalb für die Entwicklung der Partei für günstig zu halten, weil er die temperamentvollen, die Massen durch Reden und Schriften mit sich fortreißenden mit den nüchternen, bei der praktischen Kleinarbeit unverdrossen ausharrenden Charakteren zusammengehalten hat. Den Parteianhängern wurden die Dinge vermittelt, deren sie bedurften: Förderung ihrer materiellen Wünsche in der Gegenwart, der Ausblick in die ihren Kindern, vielleicht sogar noch ihnen selbst winkende goldene Zukunft und starke berauschende Worte von Revolution, Kampf und Sieg.

Die Idee, daß allein mit dem Ausblick auf das Endziel die Massen nicht zu gewinnen seien, ist selbst bei den Führern der Partei ziemlich alt: Am 17. Oktober 1880 schrieb I. Auer im „Sozialdemokrat" folgende Worte: „Wollen wir bloß eine Sekte sein, so können wir uns den Luxus der Revolutionsspielerei aus Prinzip gestatten; wollen wir aber die Partei der deutschen

Arbeiter bleiben, wollen wir nach wie vor der Hort und die Hoffnung des deutschen Proletariats bleiben, dann muß im Vordergrunde unseres Strebens das Verlangen stehen, auf dem Wege der friedlichen .... Propaganda auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete Reformen und Umwälzungen herbeizuführen, die der arbeitenden Bevölkerung zum Nutzen gereichen und gleichzeitig uns um ein Etwas dem sozialistischen Staate näherbringen"*.

Auf dem Parteitage zu Halle 1890 charakterisierte Bebel die agitatorische Kraft der Partei wie folgt: „Den ungeheuren Anhang und das Vertrauen in den Arbeitermassen haben wir nur, weil sie sehen, daß wir praktisch für sie tätig sind und sie nicht nur auf die Zukunft des sozialistischen Staates verweisen, von dem man nicht weiß, wann er kommen wird" (S. 102).

Dagegen klingt ganz anders, was Bebels Kollege im Parteivorstande, Paul Singer, auf dem Parteitage zu Erfurt 1891 sagt: „Aber die Möglichkeit vorausgesetzt, daß wir durch parlamentarische Tätigkeit etwas Vernünftiges erreichen können, so würde diese Tätigkeit, weil sie nur in Verbindung mit anderen Parteien ermöglicht werden kann, notwendigerweise zur Versumpfung der Partei führen müssen" (S. 199).

Auf dem Parteitage zu Breslau 1895 sagt Dr. Ed. David: „Nicht dadurch haben wir, wie Kautsky sagt, die Massen gewonnen, daß wir die Köpfe revolutionierten. Durch die praktische, an die Gegenwart anknüpfende Tätigkeit haben wir die Massen gewonnen. Mit dem Revolutionieren können wir einige Studenten gewinnen" (S. 137).

Eduard Bernstein, in dieser Beziehung einer der ehrlichsten unter den Sozialdemokraten, sagt: „Ihr (der Sozialdemokratie) Einfluß würde ein viel größerer sein als er heute ist, wenn die Sozialdemokratie den Mut fände, sich von der Phraseologie zu emanzipieren, die tatsächlich überlebt ist, und das scheinen zu

---

* Zitiert in der „Gedenkschrift für Ignaz Auer" von Eduard Bernstein, Berlin 1907 (S. 39).

wollen, was sie heute in Wirklichkeit ist: eine demokratisch-sozialistische Reformpartei"*. Der Wutausbruch der Radikalen hiergegen ist ein sicheres Zeichen dafür, daß auch bei den Unentwegten der Zweifel an die ewige Zugkraft der Idee vom Endziel eingekehrt ist. Der Zorn der Enttäuschten pflegt sich am schärfsten gegen die zu entladen, welche die Tatsache zuerst klar ausgesprochen haben. Nach ihren Worten zu urteilen, glauben die Radikalen in der Partei indes noch unbeirrt an die Zugkraft des Endziels. Rosa Luxemburg sagte auf dem Parteitage zu Nürnberg 1908 unter lebhaftem Beifall der Delegierten: „Bis jetzt haben wir das Vertrauen von Millionen nicht durch Trinkgelder und winzige Konzessiönchen erhalten, sondern durch unser soziales Zukunftsideal" (S. 365). — Dr. Frank scheint den beiden Propagandaelementen: Endziel und praktische Mitarbeit, gerecht zu werden, wenn er auf dem Parteitage zu Leipzig 1909 sagt: „Es ist wahr, das (die Propagierung unserer sozialistischen Zukunftsziele) hat Millionen von Menschen geweckt und sie hingewiesen auf Ziele, die über ihr enges Dasein hinauszeigen. Aber gegenwärtig macht uns groß und gibt uns einen festen Sitz in den Herzen der Massen die praktische Arbeit, die wir geleistet haben, und die wir weiter leisten wollen (lebhafter Beifall)" (S. 340).

Gewisse nachteilige Folgen hat die praktische Gegenwartsarbeit allerdings für die Homogenität der Gefolgschaft. Mit großen Zielen lassen sich Massen einheitlich in Bewegung setzen, mit Spezialforderungen nur einzelne daran interessierte Gruppen. Dazu kommt, daß mit der Erfüllung jeder einzelnen Forderung und mit der dadurch sich anbahnenden Besserung der Lage der Arbeiterklasse die Unzufriedenheit und damit der revolutionäre Elan nachlassen muß. Sombart ist der Ansicht, dies Bedenken sei ungerechtfertigt, und erklärt, die Arbeiterschaft

* Eduard Bernstein: „Die Voraussetzungen des Sozialismus", Stuttgart 1899 (S. 165).

würde nie zufrieden*. Darin hat Sombart gewiß recht, daß die Bedürfnisse relativ und deshalb nie restlos zu befriedigen sind. Aber starke revolutionäre Impulse sind bisher nur aus absolutem Elend und von starkem geistigen Druck ausgegangen. Das absolute Elend: Hunger, Durst, Obdachlosigkeit, geht in den zivilisierten Ländern zurück und kann für die nächste Zeit kaum anders als durch Katastrophen: Krieg, Seuchen, Naturereignisse, vermehrt werden; der geistige Druck läßt mit der zunehmenden Demokratisierung nach und wird sich innerhalb dieser unserer gegenwärtigen Entwicklungsperiode nicht verschärfen. Ein weiteres Bedenken liegt darin, daß durch bestimmte, jeweilig in den Vorderdrund gerückte praktische Forderungen eine gewisse Gefolgschaft ad hoc gewonnen wird, eine Art fluktuierende Mitgliedschaft, die, da man ihre Zahl nicht kennt, ein falsches Bild von der Stärke und dem Einfluß der Partei erzeugt.

Nun darf nicht übersehen werden, daß bis in die Mitte des letzten Jahrzehnts die Mitgliedschaft der Partei an eingeschriebenen, Beiträge zahlenden Genossen nicht allzu zahlreich gewesen ist; seitdem hat sie sich allerdings stark vermehrt. Für die Zeit vor 1906 liegen leider keine Zahlen vor.

1906	hatte	die	Partei	384 327	Mitglieder,
1907	„	„	„	530 466	„
1908	„	„	„	587 336	„
1909	„	„	„	633 309	„
1910	„	„	„	720 088	„
1911	„	„	„	836 562	„
1912	„	„	„	970 112	„

(Parteiprotokoll Chemnitz 1912 S. 10.)

Diese Zahlen stellen wohl auch das Gros der Anhänger dar, auf die die Partei mit einiger Zuverlässigkeit rechnen kann.

* Werner Sombart: „Sozialismus und soziale Bewegung", 5. Aufl., Jena 1905, im Schlußkapitel (S. 257).

In der letzten Zahl (für 1912) sind über 130 000 weibliche Mitglieder enthalten, so daß ca. 840 000 erwachsene männliche Arbeiter als zuverlässige Gefolgschaft der Partei um Mitte 1912 gelten können. Die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagswähler (1912 waren es ca. 4¼ Millionen) ist von geringer Bedeutung, da in ihr mehr die in weiten Volksschichten vorhandene Unzufriedenheit mit der Regierung und ihren Maßnahmen zum Ausdruck kommt.

Die Kreise, aus denen sich die sozialdemokratischen Parteimitglieder ergänzen, sind jetzt wohl vorwiegend die freien Gewerkschaften, deren Gefolgschaft annähernd das zweieinhalbfache der Parteimitgliedschaft beträgt. Die Partei erhält also neue Mitglieder aus Organisationen, die seit langer Zeit in eifriger Kleinarbeit den Gegenwartsbedürfnissen der Arbeiterklasse dienen. Die Rückwirkung auf die Partei kann nicht ausbleiben. Daneben hat die Partei Zuzug erhalten aus einem gebildeten, ehrgeizigen, aber auch unbedenklichen geistigen Proletariat. Der Kreis der alten Garde schmilzt immer mehr zusammen: Liebknecht, Auer, Singer sind seit der Jahrhundertwende gestorben, und Bebel allein ist als Träger der Tradition und als wichtiges Band der Einigkeit in der Partei übriggeblieben. Er kann es wagen, den Revisionisten mit dem Gericht der Massen zu drohen und die Auswüchse der Radikalen mit nicht minder scharfen Worten zurückzuweisen. Eine Person, die an Ansehen und Einfluß innerhalb der Partei auch nur entfernt an ihn heranreicht, gibt es in der jüngeren Generation der Parteiführer nicht. Bebel hat sich gelegentlich über gewisse Elemente in der Partei bekümmert ausgesprochen, die er lieber fern sähe. 1892 auf dem Berliner Parteitage klagt er, daß jetzt „Kreti und Pleti“ in die Partei kommen, und daß ihm ein Häuflein Sicherer lieber wäre (S. 197). 1895 in Frankfurt a. M. kennzeichnet er die Zuverlässigkeit der Gefolgschaft bei den Reichstagswahlen: „Täuschen wir uns nicht darüber, daß wir zwar einen sehr großen Anhang im Volke haben — für uns stimmen etwa 1 800 000 Wähler —, daß wir aber im Falle der

Verwirklichung unserer sozialistischen Forderungen eine große Zahl bisheriger Anhänger verlieren“ (S. 120).

Sodann gibt es eine Anzahl Persönlichkeiten mit eigentümlicher innerer Entwicklung in der Partei: Franz Mehring, der Ende der siebziger Jahre in seinem Buche: „Die deutsche Sozialdemokratie. Ihre Geschichte und ihre Lehre“, 2. Aufl. Bremen 1878, nicht nur feindlich, sondern geradezu gehässig über die Partei, die Führer und die Reichstagsfraktion loszog, Paul Göhre, der frühere evangelische Pastor, desgleichen Max Maurenbrecher (der indessen vor kurzem — Mitte Juli 1913 — wieder aus der Partei ausgetreten ist), Lilly Braun und andere.

In der Hauptsache wendet sich die Sozialdemokratie in ihrer Propaganda an alle, die sich zugehörig fühlen zu einer großen Klasse gleich Gebildeter, gleich Situierter und gleich Unzufriedener. Die Sozialdemokratie ist damit die typische politisch-soziale Bewegung für den wichtigsten sozialen Faktor unserer Zeit: die durch die Mechanisierung der industriellen und kaufmännischen Hand- und Kopfarbeit geschaffene, durch Presse und Reden den Arbeitern zum Bewußtsein gebrachte und durch den Umgang dieser Arbeiter untereinander zur Solidarität führende Gleichartigkeit der Existenz jener Mittleren, individuell Hoffnungslosen, die eine erdrückende Ueberzahl der Bürger unserer Zeit bilden.

Ausblick.

Wohin deutet die Entwicklung der sozialdemokratischen Partei? Zunächst möchte ich feststellen, daß von der offiziellen Erklärung, von Partei wegen an der praktischen parlamentarischen Tätigkeit teilzunehmen, bis zu dem Reichstagswahlkompromiß von 1912 und dem Großblock einerseits und der süddeutschen Budgetbewilligung anderseits eine Kette sich abgewickelt hat, deren jedes Glied unmittelbar mit dem vorhergehenden und indirekt mit allen vorhergehenden verbunden ist. Es gehört keine sonderliche prophetische Gabe dazu vorherzusagen, daß in nicht gar zu langer Zeit die Budgetbewilligung — zuerst vielleicht noch etwas verklausuliert — parteioffiziös werden wird. Bebel wird sich wohl nicht mehr bekehren; aber Bebel ist 73 Jahre alt, und wer hat nach ihm die Autorität, gegen die intelligentesten und geschicktesten Taktiker in der Partei (denn diese sind auf dem revisionistischen Flügel der Budgetbewilliger) die schroffen Bestimmungen des Parteitages zu Magdeburg vom Jahre 1910 durchzuführen ohne den Bruch heraufzubeschwören? Etwa Karl Kautsky, oder Georg Ledebour, oder Paul Lensch, oder Rosa Luxemburg? Und wenn sie es versuchten, so wäre die Absplitterung eines kleinen radikalen Flügels wahrscheinlicher als die Ausschließung oder Absplitterung der Süddeutschen. Ich möchte mit dem Ausblick schließen, den Gustav Schmoller in der Osternummer 1912 der „Neuen Freien Presse", Wien, (7. April 1912) in einem Artikel: „Die einhundertzehn Sozialdemokraten im deutschen Reichs-

tage“ eröffnet hat: „Von einem künftigen Sieg der Sozialdemokratie in Deutschland, so daß sie unsere Staats- und Wirtschaftsverfassung nach ihren doch zum größeren Teil utopischen Idealen umgestalten könnte, kann nach meinem Urteil in aller Zukunft nicht die Rede sein; ich hoffe, daß vier Fünftel der deutschen Nation, Regierungen und Volk, ebenso denken und jeden Versuch dazu im Keime ersticken würden. Ich zweifele nicht daran, daß ein erheblicher Teil der ausgereiften Führer der Sozialdemokratie ebenso denkt, wenn sie auch die Sonntagsideale vergangener Tage äußerlich noch nicht abschwören können und wollen.“

Lebenslauf.

Der Verfasser dieser Arbeit, Walther Bernhard Stephan Croll, evangelischer Konfession, ist am 22. Mai 1885 als zweiter Sohn des damaligen Leutnants im 9. Feldartillerie-Regiments Wilhelm Max Croll in Stade geboren. In den Jahren 1891—1893 besuchte er die Vorschulen in Berlin (Louisen-Gymnasium), Metz und Darmstadt, von 1893—1898 die Gymnasien in Darmstadt, Mainz, Köln und Bückeburg, von 1898—1900 die Kadettenvoranstalt in Oranienstein a. d. L. und von 1900—1904 die Hauptkadettenanstalt zu Groß-Lichterfelde, die er 1904 mit dem Zeugnis der Reife verließ. Von 1904—1905 diente er als Fähnrich im 4. Großherzoglich Hessischen Infanterie-Regiment Nr. 118 in Worms. Von 1905—1908 war er in Riga, Petersburg und Kertsch in verschiedenen russischen Mineralölgesellschaften tätig. 1908 siedelte er nach Berlin über, wo er im Herbst desselben Jahres bei der Philosophischen Fakultät der Kgl. Friedrich-Wilhelm-Universität immatrikuliert wurde.

Die Promotionsprüfung bestand er am 17. Dezember 1914.